

DEUTSCHE
POLIZEI

MÄRZ 2015 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



Organisierte Kriminalität

Die Polizei verliert den Anschluss

STEUERFIBEL

Das Steuer-Spar-Buch für alle Polizeiangehörigen

Von **M. Brenning**, **H. R. Brenning** und **D. Stepp**.



Format: DIN A 5 Broschur
Umfang: 260 Seiten
Preis: 10,15 € [D]

Die Steuererklärung – eine lästige Aufgabe, der man aber gerne nachkommt, wenn es sich am Ende „auszahlt“.

Eine unverzichtbare Hilfe ist hier die Steuerfibel für Polizeibeamte. Sie ist speziell auf die Probleme zugeschnitten, mit denen Polizeiangehörige immer wieder konfrontiert werden. Der Leser findet hier neben einer programmierten Anleitung zum Erstellen des Lohnsteuer-Jahresausgleichs und der Einkommensteuer-Erklärung über 500 Tipps und Tricks, Quellenangaben und Fundstellen, Beispiele und Urteile, die sich im wahrsten Sinne des Wortes schnell „bezahlt“ machen.

35. Auflage 2014/2015
Steuerfibel + CD-ROM
Paketpreis: 19,80 € [D]

Steuerbookware für den Polizeibereich

Die Steuerfibel für den Polizeidienst inklusive Steuer-Software auf CD-ROM (Für Windows XP/Vista/7/8)

Wenn Sie schon vorher wissen möchten, was „Vater Staat“ an Sie zurückzahlt – die Steuerbookware ist die richtige Lösung!



DIE AUTOREN

Michael Brenning, Diplom-Betriebswirt (FH), Steuerberater.

Dr. Heribert R. Brenning, M. A., Industriekaufmann, Verwaltungsangestellter, Geisteswissenschaftliches Hochschulstudium.

Dieter Stepp, Beratungsstellenleiter des Lohn- und Einkommensteuer Hilfe-Ring Deutschland e. V. (Steuerring).



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de



Foto: Michael Zielasko

... Der Bereitschaftspolizist als sogenannter POW, der noch vom ausscheidenden BFA-BePo-Vorsitzenden Bernhard Schmidt so bezeichnete „Polizist ohne Wochenende“, sei beileibe kein Problem von gestern, sondern bittere Realität. ...

Seite 11

IT-SICHERHEIT



Foto: Peter Banos/dpa

... Beute lässt sich unterdessen nicht nur mit Trojanern machen; zum Diebeswerkzeug des Informationszeitalters gehören weitere Bedrohungen: so können sich beispielsweise sogenannte kritische Fehler zu sicherheitsrelevanten „Löchern“ in Kunden-Anwendungen auswachsen. ...

Seite 14

STANDPUNKT



Foto: Arno Burg/dpa

... Während die antiamerikanischen Friedensdemonstrationen eine erhebliche Zugkraft auf gesellschaftlich tendenziell desintegrierte Personen ausüben, wird der rassistische Pegida-Protest getragen von sozial mehr oder weniger etablierten und situierten Personen, die um den Verlust ihres sozialen Status fürchten, ohne dass dieser wirklich bedroht wäre. ...

Seite 24

- 2 KOMMENTAR** *Gestörte Wahrnehmung*
- 3/33 FORUM**
- 4 TITEL/ORGANISIERTE KRIMINALITÄT**
Verbrechen in einer „grenzenlosen“ Welt – Wie groß ist das tatsächliche Bedrohungspotenzial?
- 9 INTERVIEW** *BKA-Chef: „Nur mit Hilfe von Vorratsdaten wurde das Terrornetzwerk identifiziert“*
- 11 BUNDESFACHAUSSCHUSS** *Bereitschaftspolizei weiter unter Druck*
- 13 INNENMINISTERKONFERENZ**
Lewentz: „Es wird nicht einfacher“
- 14 IT-SICHERHEIT** *Keine ferne Zukunft: Cyberwaffen im Einsatz*
- 19 BILDUNG INTERNATIONAL** *Sachsen hat ersten grenzüberschreitenden Akademiker*
- 22 FAMILIENPOLITIK** *Geburtsfehler korrigiert*
- 24 STANDPUNKT** *Demokratiefeerne Rebellionen*
- 29 PRÄVENTION** *Deutsche Kinderhilfe entwickelt erstes, deutschsprachiges Computerspiel zu Medienkompetenz*
- 29 TERMIN** *Bundesweite Tauschbörse von Polizeisachen*
- 29 BÜCHER**
- 30 GUTE TAT** *„Polizei – Dein Partner“ unterstützt Entwicklungshilfe in Namibia*
- 31 VERKEHRSSICHERHEIT** *Autofahrer gehen zu spät zum Gesundheitscheck*
- 32 SENIOREN** *Richtigstellung*
- 36 GESCHICHTE** *Antwort auf die Kritik von Dr. Schulte*
- 38 JUNGE GRUPPE (GdP)**
- 40 BÜCHER/IMPRESSUM**



Gestörte Wahrnehmung

In einer repräsentativen Emnid-Umfrage im Auftrag des Fernsehsenders N24 nach den Anschlägen von Paris befürchteten nur 34 Prozent der Deutschen ein erhöhtes Anschlagrisiko, 56 Prozent glauben nicht, dass die Terrorgefahr durch die Attentate von Paris gestiegen ist. Dennoch fordert eine Mehrheit der Deutschen vom Staat größere Anstrengungen, um die innere Sicherheit zu garantieren: 68 Prozent



der Befragten wollen mehr Polizeipräsenz. Wie passt das zusammen? Die Attentate von Paris haben in Deutschland keine Sicherheitshysterie ausgelöst, weil die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass es einen absoluten Schutz vor Terroranschlägen, ähnlich wie vor Unfällen und Unglücken, nicht geben kann.

Sie bestehen aber darauf, dass mehr für ihren Schutz getan wird, wo auch mehr getan werden kann: Bei der Bekämpfung und Aufklärung der rund 150.000 Wohnungseinbrüche jährlich, zum Beispiel – oder gegen die kriminelle Enteignung durch Internetbetrüger. Sie wollen nicht, dass Vandalen

ihre Umgebung verschandeln, Nazis, Hooligans, Salafisten oder Autonome ihre Stadt in einen Ausnahmezustand versetzen. Sie wollen auch spät in der Nacht noch sicher und ohne Belästigungen U-Bahn oder Bus fahren können – und das gilt für alle: Einheimische, Eingewanderte und Touristen. Sie vertrauen deutschen Polizisten, dass sie ohne Ansehen der Person nach Recht und Gesetz für Sicherheit und, ja, auch für Ordnung sorgen. Die Ordnung und Sicherheit, die Deutschland zum Ziel vieler Menschen macht, die aus ihren Herkunftsländern vor Krieg, Willkür, Despotie und Korruption flüchten müssen. Die Ordnung und Sicherheit, die Deutschland zum Ziel von Millionen von Touristen jährlich aus aller Welt macht. Die Ordnung und Sicherheit, die Deutsche mit ihrem Begriff von Heimat verbinden. Sie alle werden enttäuscht, wenn die Wahrnehmungsstörungen in Politik, Medien und großen gesellschaftlichen Institutionen weiter blühen, wenn die Kluft zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung immer größer wird. Tatsache ist, dass die Bürgerinnen und Bürger keine Angst vor ihrer Polizei haben, sondern sie vermissen – und das nicht nur in angespannten Sicherheitslagen durch Terroranschläge, sondern in ihrem Alltag. Auch in einer vom Magazin „Stern“ beauftragten Umfrage zum Vertrauensverhältnis der Deutschen in gesellschaftliche Institutionen hat die Polizei ihre Spitzenposition nicht nur verteidigt, sondern genießt mit 84 Prozent, zwei Prozentpunkte mehr als im Vorjahr, erneut das höchste Vertrauen der Bundesbürger. Statt mit diesem Pfund zu wuchern, wird es von der Politik verschleudert. In den vergangenen 15 Jahren sind

rund 16.000 Stellen gestrichen worden, das ist die Zahl aller Vollzugsbeamten in der Berliner Polizeibehörde. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, betreiben die Bundesländer den Personalabbau unverdrossen weiter. Die „demographische Keule“ wird auch die Polizei bald treffen. Viele erfahrene Kräfte, schätzungsweise 35 bis 40 Prozent, werden die Polizei altersbedingt verlassen. Immer weniger junge Menschen stehen in Zukunft dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, sind zudem entweder für den herausfordernden Polizeiberuf ungeeignet oder finden den Dienst nicht attraktiv genug. Die Überlastung der Kolleginnen und Kollegen ist schon heute unübersehbar. In einer vom Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) beauftragten Umfrage des INSA-Meinungstrends finden 65 Prozent der Befragten, dass die Polizei mit dem Schutz der Bevölkerung überfordert ist.

Die Regierungen mit ihrer unverhältnismäßigen Sparpolitik, unter der die Polizei, die Sicherheitsbehörden und die Justiz seit vielen Jahren leiden, haben den Bogen längst überspannt. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann der Bogen bricht und die Gewährleistung der inneren Sicherheit in unserem Land von immer mehr Zufällen abhängig wird.

Oliver Malchow
GdP-Bundesvorsitzender



Zu: Lesermeinung des Kollegen Günter Klinger: 25. Ordentlicher Bundeskongress, DP 1/15

Ich möchte den Worten des bayerischen Landesseniorenvorsitzenden Günter Klinger noch etwas hinzufügen. Diese genannten Parteien sind und werden hoffentlich nie mehrheitsfähig. Wer aber zur Mehrheitsfähigkeit dieser Genannten beiträgt und kein Rückgrat beweist, ist für die jeweilige Situation im Lande natürlich demokratisch mitverantwortlich. Zählen Sie Linke + Grüne + SPD + Merkel Partei + Justiz-Urteile zusammen und sie dürfen sich überhaupt nicht wundern, dass dann AfD rauskommt. Es erfolgt keine weitere Stellungnahme.

Wilfried Reiter, Kronberg im Taunus

Zu: Lesermeinung des Kollegen Alfred Heinbuch: ISIS in Kobane und die doppelmoralische Reaktion der westlichen Welt, DP 1/15

Dem Kollegen Alfred Heinbuch aus Bochum 100 Punkte für seinen Artikel zu ISIS Kobane. Und nochmals 100 Bonus-Punkte für den 1. Satz im letzten Absatz!

Wilfried Reiter, Kronberg im Taunus

Zu: GdP: Lehren aus Terrorakten von Paris ziehen, DP 2/15

Nach den entsetzlichen Vorkommnissen in Paris erfolgte in den Tagen danach eine Bestandsaufnahme gesellschaftlicher und politischer Bereiche mit der Grundsatzfrage, wie man dem Problem beikommen könne. Es wurde Ursachenforschung betrieben, es erfolgten Aufrufe zur Toleranz, gerade jetzt. Es folgten Talkshows, in denen dargestellt wurde, dass Religionen nebeneinander leben können, es solle Toleranz geübt werden, auch Religion sollte gelassener mit Satire und kritischer Darstellung umgehen.

In Deutschland sieht man wieder einmal grundsätzliches eigenes Ver-

sagen auf allen Ebenen. Die Moscheevereine halten Mahnwachen ab und erklären, dass man es bei diesen terroristischen Tätern mit Verblendeten zu tun hätte, das habe nichts mit dem Islam an sich zu tun. Kritiker fragen andererseits, mit was denn sonst?

Unter diesen Vorgaben hörte ich am 15. Januar um 20.03 Uhr in den Radionachrichten erstmalig von den Äußerungen des türkischen Premiers Davutoglu, kürzlich bei Angela Merkel zu Besuch. Zunächst wollte ich nicht glauben, was ich höre, gerade hinsichtlich der in ganz Europa anlaufenden Befriedungsmaschinerie.

Einen Tag später finde ich in mehreren deutschen Zeitungen den inhaltlichen Gehalt der Äußerungen dieses Politikers. Wer diese Artikel liest, muss sich nicht mehr wundern, warum Bemühungen, auch in Deutschland, zwischen den Religionen zu vermitteln, eigentlich ins Leere laufen müssen. Jeder kann und sollte sich da seine Gedanken machen. Der oft zitierte „Alleinanspruch des Islam als einzig wahre Religion“, von religiösen Hardlinern oft vorgebracht, aber in fast allen Diskussionen und Talkshows regelmäßig verneint diskutiert, erfährt in der öffentlichen Schelte von Davutoglu jedoch wieder Reanimation. Heißt es dort doch als die geringfügigste Entgleisung der gesamten Rede: „Sehr viele Türken sind entschlossen, die Ehre des Propheten zu verteidigen, der als Gnade für die Menschheit entsandt wurde.“ Menschheit = Alleinanspruch? Das mag er für seine Religion konstatieren, ich als Christ kenne hier andere Ursprünge, die auf eine längere Historie zurückgreifen.

Dies soll nur aufzeigen, dass bei einer solchen Hetze es europäische Staaten, in denen viele Mitbürger mit türkischem Hintergrund leben, sehr schwer haben werden, mit eigenen Wertvorstellungen und Handlungsmodellen dem Problem beizukommen. Wie sagte noch der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Herr Bosbach: „Es wird auch Zeit, dass wir Hassprediger sofort aus Deutschland ausweisen.“ Herr Davutoglu, wären Sie kein mit diplomatischen Weihen versehener Mensch, sie würden zu diesem auszuweisenden Personenkreis gehören.

Alfred Heinbuch, Bochum

Zu: Soziales – Vom Eigenheim ins möblierte Zimmer, DP 1/15

Liebe Redaktion, es wäre ja wünschenswert, dass die Kolleginnen und Kollegen, die in einem Ballungsraum oder einem Touristenzentrum Dienst machen, einen anderen Gehaltskegel haben sollen als diejenigen, die in einem ländlichen Bereich ihren Dienst tun. Dies hatten wir ja schon vor Jahren gehabt. Ich kann mich erinnern, dass ich vor 50 Jahren, als ich noch in Bad Tölz bei der Stadtpolizei Dienst tat, in der Gehaltsklasse „S“ eingestuft war. Daneben gab es die Klassen A und B. Als ich 1966 zur Landpolizei nach Moosberg wechselte, hatte ich die Besoldung in der niedrigeren Gehaltsklasse, bekam Brutto weniger, musste aber wenige Miete und sonstige Kosten zahlen, die in Bad Tölz, einem Kurort und einer Stadt mit circa 2.000 stationierten US-Soldaten, einfach teurer waren. Damals kostete ein US-Dollar noch 4,20 Mark. So waren alle Wohnungen im Umkreis von den GI's belegt.

Dann war es die Gewerkschaft, die auf Stimmenfang ging und es durchbrachte, dass alle Gehälter gleich geschaltet wurden und die einzelnen Ortsklassen abschaffte. Was ja im Grunde nicht verkehrt war.

Nun geht es aber wieder von vorne los. Man muss halt auf dem jetzigen Stand aufbauen, gut verhandeln und schauen, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Ballungszentren und

Fortsetzung auf Seite 33

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de**



TITEL/ORGANISIERTE KRIMINALITÄT



**Verbrechen in einer „grenzenlosen“
Welt – Wie groß ist das tatsächliche
Bedrohungspotenzial?**

Von Wolfgang Schönwald

Fallen die zwei Worte Organisierte Kriminalität (OK) in Diskussionsrunden oder Zeitungsartikeln, denken die meisten Bundesbürger zunächst wohl an Schutzgelderpresser, Schleuser und Rauschgiftsmuggler, an Korruption, Mafia und eine gewaltige Schattenwirtschaft – gesellschaftliche Problemfelder also, die für den einzelnen weit weg erscheinen. Die OK ist jedoch inzwischen „an unserer Haustür angekommen“, warnte der mittlerweile im Ruhestand befindliche damalige Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Jörg Ziercke, im vergangenen Herbst nachdrücklich; sie kann also sehr viele Menschen hierzulande treffen. Ob beispielsweise Betrügereien wie die seit Jahren betriebene sogenannte Enkeltrick-Masche, Einbrüche oder Autodiebstähle – häufig stellen die BKA-Experten professionelle Strukturen fest. Und der Ruf nach mehr Sicherheit mit Blick auf den Staat und die Polizei wird vielerorts lauter, da die Aufklärungsquoten relativ gering sind. Dabei ist bei den Kolleginnen und Kollegen in den zuständigen Dienststellen eine hohe Einsatzbereitschaft zu spüren. Die Ermittler brauchen jedoch mehr Unterstützung und mehr Mittel.

Das Bundeslagebild OK weist seit Jahren um die 600 Verfahren aus. Die Zahl der registrierten Tatverdächtigen pendelt zwischen 8.000 und 9.000 jährlich. „Statistisch gesehen sind also keine signifikanten Veränderungen feststellbar, könnte man meinen. Was nicht erfasst wird, ist aber die Dynamik, wie sich die OK verändert. Spiegeln die Zahlen das tatsächliche Bedrohungspotenzial wider?“, fragt die Leiterin der Abteilung Schwere und Organisierte Kriminalität im BKA, Dr. Sabine Vogt, etwas skeptisch. So seien in den Übergangsbereichen hin zur OK qualitative Veränderungen zu verzeichnen. „Wir haben beispielsweise viele mobile Tätergruppierungen aus Ost- und Südosteuropa, die strukturiert und organisiert nach Deutschland gesandt werden, hier Eigentumsdelikte begehen und dann mit der Beute schnell wieder verschwinden“, so die Expertin in einem Gespräch mit DEUTSCHE POLIZEI. „Seit 2009 haben wir es hier den Erhebungen zufolge zum Beispiel mit russisch-eurasischen Strukturen zu tun. Diese Kriminellen fallen oft mit gezielten Aufträgen in Gebiete ein und grasen dort den ‚gewünschten Markt‘ regelrecht ab.“ Es handelt sich überwiegend um Personen aus den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion. Die russisch-eurasische OK organisiert sich demnach in Brigaden und hat Deutschland in circa 20 Reviere aufgeteilt, jede Region hat einen Anführer, die „Diebe im Gesetz“.

Insgesamt ist eine zunehmende Internationalisierung feststellbar. Die mehr als 9.100 Tatverdächtigen, die

im OK-Lagebild 2013 erfasst wurden, stammten aus rund 100 Staaten. „Wir finden hier schlicht die ganze Welt vor“, sagt Dr. Vogt und fügt hinzu: „Bei den Ermittlungen ist eine eindeutige Zuordnung zur OK nicht immer einfach. Wichtig aber sind für polizeiliches Handeln die Betroffenheit der Gesellschaft, der Schaden und die Strukturen.“

Es ist also konsequent, wenn Dr. Vogt, wie in ihrem Vortrag auf der BKA-Herbsttagung im November thematisiert, die Frage aufwirft, ob die klassische Definition von OK, 1990 entstanden, noch zeitgemäß ist. Zu erörtern sei, wie sich Internationalisie-

Die bundesweite Gemeinsame Arbeitsgruppe Justiz/Polizei (GAG) hat im Mai 1990 die folgende Definition „Organisierte Kriminalität“ entwickelt:

„Organisierte Kriminalität ist die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, wenn mehr als zwei Beteiligte auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig

a) unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen, b) unter Anwendung von Gewalt oder anderer zur Einschüchterung geeigneter Mittel oder c) unter Einflussnahme auf Politik, Medien, öffentliche Verwaltung, Justiz oder Wirtschaft

zusammenwirken.“

Quelle: BKA

rung und Technisierung, gesellschaftlicher und demografischer Wandel sowie die fortschreitende Digitalisierung bemerkbar machen. „Aus Sicht der Polizei heißt dies, die Dynamiken der OK rechtzeitig zu erkennen und angemessen zu reagieren“, so die BKA-Abteilungsleiterin.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) unterstützt die Überlegungen für einen neuen OK-Begriff, da beispielsweise



Der damalige Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Jörg Ziercke (l.) und sein Nachfolger, Holger Münch, auf der BKA-Herbsttagung Mitte November 2014 in Mainz.

Foto: Fredrik von Erichsen/dpa





Erfolgreicher Schlag gegen organisierte Betrüger Ende Mai 2014 in Hamburg.
Foto: Christian Charisius/dpa

die Einbruchkriminalität längst von professionell aufgestellten Banden betrieben wird. Deshalb sei es richtig, verstärkt an das finanzielle Fundament der OK heranzugehen, sagt der GdP-Bundsvorsitzende Oliver Malchow.

Brandbeschleuniger Internet

Die Entwicklung der OK in den vergangenen zehn Jahren zeigt nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden einen deutlichen Wandel bei den

Betätigungsfeldern der Kriminellen auf: Heute seien nicht unbedingt die traditionellen Bereiche Drogen- und Waffenhandel die lukrativsten. Medikamentenfälschung, Umweltkriminalität, Wirtschaftskriminalität und Massendelikte per Internet könnten mehr Gewinne abwerfen – bei deutlich niedrigerem Risiko für die Täter. Bundesinnenminister Thomas de Maizière skizzierte auf der letztjährigen BKA-Herbsttagung in Mainz, dass das Internet dabei wie ein „Brandbeschleuniger wirkt: Es hebt die klassische

Eingrenzbarkeit von kriminalgeografischen Räumen auf, ermöglicht es Tätern weltweit, von jedem beliebigen Ort aus, massive Schäden anzurichten und kriminelle Gewinne am Ort ihrer Wahl zu erzielen. Die OK ist also – bei aller Kontinuität – heute globaler, flexibler und digitaler“. Der Schaden, den gut vernetzte Kriminelle und reisende Banden allein in Deutschland anrichten, beläuft sich jedes Jahr auf 500 bis 600 Millionen Euro.

Deshalb kündigte der Minister an, die OK-Bekämpfung neu ausrichten zu wollen: mehr internationale Zusammenarbeit und kriminell erlangte Vermögen besser abschöpfen. Bisher gelingt das etwa zu einem Viertel. „Das ist unbefriedigend“, sagte de Maizière. Die GdP mahnt schon länger, dass wirkungsvolle rechtliche Regelungen notwendig sind.

Wie mit diesen Veränderungen umgehen?

Er höre sehr oft die Forderung nach Waffengleichheit, so der Minister. „Ist der Ausdruck ‚Waffe‘ hier eigentlich richtig? Geht es nicht vielmehr um rechtsstaatlich saubere und effektive Ermittlungsinstrumente? Heißt ‚Waffengleichheit‘ nicht genau genommen: Was die können, müssen wir auch können? Verfügen wir aber auch nur ansatzweise über die finanziellen Mittel, und wie sinnvoll wäre ein solches Wettrüsten? Gilt im Bereich der Verbrechensbekämpfung und speziell der OK wirklich der Grundsatz: Viel hilft viel?“

De Maizière verwies in diesem Zusammenhang auf den früheren BKA-Präsidenten Horst Herold, der vor 40 Jahren meinte: „Je mehr die Polizei ihre Abwehr- und Verfolgungsstrategien gegenüber der Kriminalität intensiviert, technisch und intellektuell verfeinert, je mehr sie die elektronische Datenverarbeitung in ihren Dienst stellt und die kriminalistischen Arbeitsweisen verwissenschaftlicht, desto mehr trägt sie tendenziell zur Aktualisierung und Technisierung des Verbrechens bei.“ Er, so der Minister weiter, glaube nicht, dass dies stimme. „Umgekehrt kann doch klug eingesetztes wissenschaftliches Profiling der Technisierung des Verbrechens Paroli bieten. Eine viel grundsätzlichere Frage ist wohl: Entspricht es unserem Selbstverständnis als Rechtsstaat, dass wir alles, was Kriminelle können, auch



ORGANISIERTE KRIMINALITÄT



Dr. Sabine Vogt, Leiterin der Abteilung Schwere und Organisierte Kriminalität im Bundeskriminalamt (BKA).

Foto: BKA

können müssen? Sicher nicht. Aber Anderes, Klügeres, Treffsichereres, Wirksameres – das müssen wir schon können und dürfen“, gab der oberste Dienstherr zu bedenken.

Nicht auf Augenhöhe

Die polizeilichen Rahmenbedingungen stehen immer wieder in der

Kritik, ohne dass Besserung in Sicht scheint. Die GdP äußert seit Längerem Zweifel daran, dass die von der Politik zu Recht formulierten hochgesteckten Ziele bei der wirksamen Bekämpfung der OK erfolgreich umgesetzt werden können, ohne auch die technischen Instrumentarien anzupassen. Der GdP-Bundesvorsitzende Malchow erinnerte wiederholt an die Mahnung von Ex-BKA-Chef Ziercke, dass OK-Ermittlungen bis zu 70 Prozent von einer funktionierenden Telekommunikationsüberwachung abhängig seien. „Es reicht nicht aus, von steigenden Anforderungen an die Ermittlungsbehörden zu sprechen, wenn gleichzeitig vielerorts zudem auch die notwendigen personellen und rechtlichen Voraussetzungen nicht auf den Stand des 21. Jahrhunderts gebracht werden. In vielen Bereichen ist die Polizei von der oft zitierten Augenhöhe mit den international vernetzten Tätergruppierungen weit entfernt“, betont der GdP-Chef.

BKA-Abteilungsleiterin Dr. Vogt, die über viele praktische Erfahrungen verfügt, bestätigt die Einschätzung der Gewerkschaft. „Bei klassischen Überwachungsinstrumenten wie dem Telefon befinden wir uns in einer komplizierten Situation. Was früher möglich war und Erfolge brachte, geht heute rein technisch nicht mehr. Ohne die Möglichkeit, Verbindungsdaten zu nutzen, bleiben Ermittlungen oft-

mals erfolglos.“ Überdies steht die Polizei in einem anderen wichtigen Fahndungsbereich hintendran: „Bei den Finanzermittlungen – die OK will ja Gewinne erzielen – besteht Hand-



Foto: canstock

lungsbedarf, um erfolgreich Vermögensabschöpfung zu betreiben.“

Als weiteres Problem im Cyber-Zeitalter stellt sich die Bewältigung von Datenmassen dar. „Wenn früher bei Durchsuchungen zehn Aktenordner sichergestellt worden sind, so fallen heute Datenmengen mindestens im Megabyte-Bereich an. Zudem wird vieles über das Internet abgewickelt. Die sogenannte underground-economy verkauft alles, was illegal ist, von Waffen über Betäubungsmittel bis hin zu gestohlenen Benutzerdaten.“

Sprachen identifizieren

Bei Tätern aus mehr als 100 Ländern ergibt sich auch die Sprachenproblematik. „Das kann uns schon an Grenzen führen, wenn man nicht mal weiß, welcher Dialekt einer Sprache gesprochen wird“, sagt Dr. Vogt. Im BKA liefen deshalb Forschungen mit Blick auf entsprechende Sprachidentifizierungen. Praktische Probleme stellen auch die Kapazitäten für Übersetzungen dar. „Das Thema ist also, die Kräfte dort zu konzentrieren, wo große Verfahren laufen. Andererseits: Im Vergleich zu vor 20 Jahren sind wir es heute absolut gewöhnt, im internationalen Kontext zu arbeiten. Wir



Foto: canstock

QR-Code: Publikationen/
Jahresberichte und
Lagebilder Organisierte
Kriminalität



haben beispielsweise über 60 BKA-Verbindungsbeamte in aller Welt mit Zugang zu dortigen Polizeien“, so die BKA-Abteilungsleiterin. Zudem gebe es polizeiliche Kooperationsnetzwerke, so bei der Bekämpfung von Cybercrime, wo Beamte rund um die Uhr erreichbar sind.

Um diesen Kampf im Interesse der Gewährleistung der inneren Sicherheit in Deutschland erfolgreich zu führen, „brauchen wir nicht nur Instrumente wie die Telekommunikationsüberwachung“, warnt Dr. Vogt. Vielmehr werde das gesamte Spektrum benötigt, von verdeckten Finanzermittlungen bis zur klassischen analytischen Auswertung. „Ich bin der festen Überzeugung, dass es bei der Fragestellung zur Balance zwischen Freiheit und Sicherheit möglich ist, verfassungskonforme Wege zu finden, um die rechtlichen Rahmenbedingungen für Verbesserungen zu schaffen. Deshalb ist es wichtig, auch in den Medien sehr präzise Fälle zu skizzieren, um die spürbaren Ängste vieler Menschen vor einer vermeintlichen polizeilichen Sammelwut zu entkräften und unser Anliegen zu vermitteln“, erläutert die BKA-Fachfrau.

Koordinierte Aktionen

Jedoch handelt es sich bei der Bekämpfung der OK bekanntlich nicht nur um ein deutsches Problem. Dieser Entwicklung muss mit einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden entgegengewirkt werden. Bestes Beispiel hierfür war die internationale Polizeioperation „Archimedes“. In der einwöchigen, bislang größten Aktion gegen das organisierte Verbrechen in Europa sind im September vergangenen Jahres mehr als 1.000 Menschen in mehreren Ländern festgenommen worden. Insgesamt waren über 20.000 Polizisten und Sicherheitskräfte aus 34 Ländern – aus allen 28 EU-Staaten sowie aus Australien, Kolumbien, Norwegen, Serbien, der Schweiz und den USA – an dem Einsatz beteiligt, wie die europäische Polizeibehörde Europol in Den Haag mitteilte. „Es handelt sich um die bedeutendste koordinierte Aktion, die jemals in Europa gegen das organisierte Verbrechen unternommen wurde“, sagte Europol-Direktor Rob Wainwright. Unter Federführung der EU-Polizeibehörde waren Flughäfen,

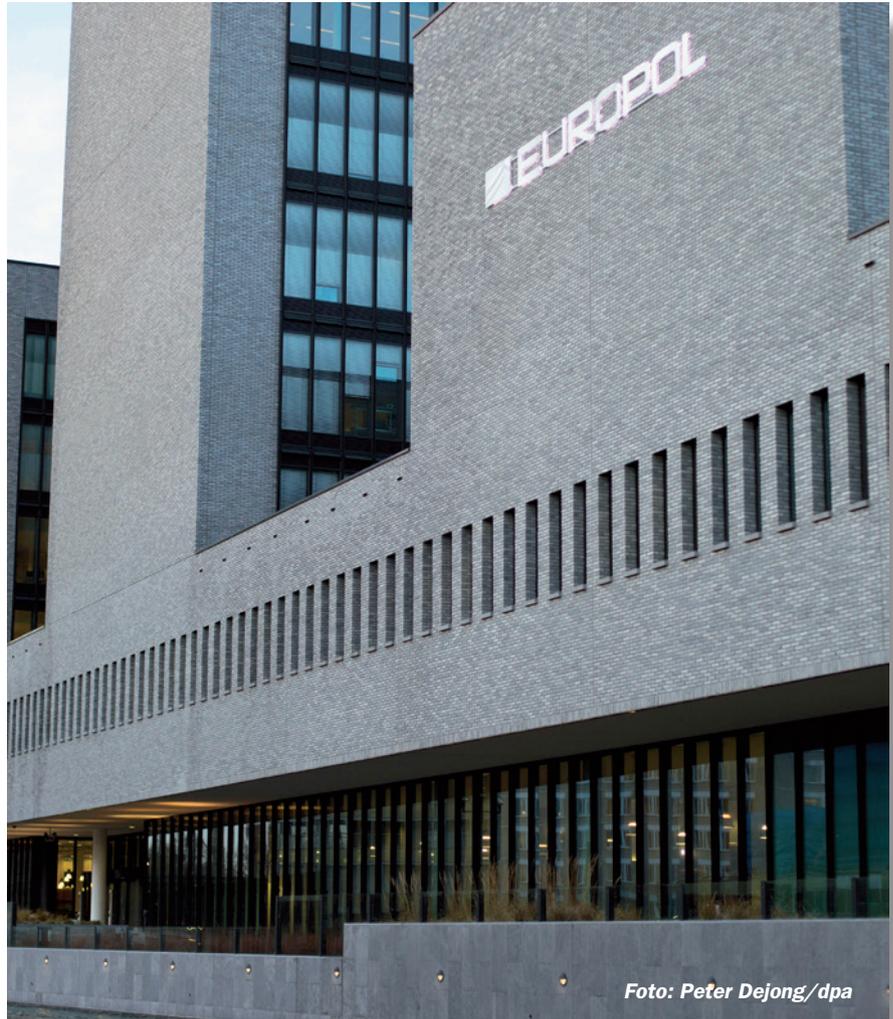


Foto: Peter Dejong/dpa

Grenzübergänge, Häfen und weitere neuralgische Punkte kontrolliert werden. Außerdem nahmen die Ermittler die Infrastrukturen grenzüberschreitend operierender Banden ins Visier.

In Deutschland fassten die Ermittler 17 Menschen, elf von ihnen wurden der Einschleusung von Ausländern verdächtigt, drei des Drogenschmuggels. Drei weitere seien auf frischer Tat bei einem Einbruch gefasst worden. Hierzulande konzentrierten sich die Fahnder unter anderem auf die Deliktbereiche Schleuserkriminalität, Drogenschmuggel, Handel mit gefälschten Waren sowie Einbruchdiebstahl. Laut BKA wurden zusätzlich zu den Festnahmen zwei Kilogramm Kokain sichergestellt. Außerdem wurden 241 illegal eingereiste Menschen entdeckt. An den Ermittlungen in Deutschland hatten sich zwölf Landeskriminalämter, die Bundespolizei, das BKA und das Zollkriminalamt beteiligt. „Archimedes“ soll keine einmalige

Operation gewesen sein. BKA-Abteilungsleiterin Vogt: „Solche Aktionen werden auch künftig stattfinden, sind auch deliktsspezifisch geplant. Denn die internationale Zusammenarbeit ist ein wesentlicher Schlüssel zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität.“

Mindestspeicherung unverzichtbar

Da die Tätergruppierungen in fast allen Deliktbereichen längst die vielen Möglichkeiten der Telekommunikation für ihre millionenschweren Geschäfte ausnutzen, ist es umso wichtiger, zügig die erhebliche Überwachungslücke, die sich durch die zunehmend von kriminellen Netzwerken angewandten Verschlüsselungen ergibt, deutlich zu verringern. Quellen-TKÜ, Online-Durchsuchung und Mindestspeicherfristen sind also unverzichtbar.



BKA-Chef: „Nur mit Hilfe von Vorratsdaten wurde das Terrornetzwerk identifiziert“

Nach den Attentaten von Paris ist in Deutschland die Debatte über Sicherheitsvorkehrungen wieder verstärkt worden. Der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, betonte dabei, dass die Polizei es sich nicht mehr länger leisten könne, im Kampf gegen Terrorismus und schwere Straftaten auf die Vorratsdatenspeicherung zu verzichten. „Ein terroristischer Anschlag ereignet sich häufig nicht isoliert, es kann zu Serien kommen. Dann müssen wir möglichst schnell Strukturen erkennen und Mittäter identifizieren, um weitere Anschläge zu verhindern“, sagte der 53-Jährige, der seit November die oberste Polizeibehörde Deutschlands leitet, in einem Exklusivinterview für DEUTSCHE POLIZEI.



BKA-Präsident Holger Münch:
Vorratsdatenspeicherung ermöglicht ein Mehr an Sicherheit.
Foto: Carmen Jaspersen/dpa

DP: Einer Studie aus Niedersachsen zufolge werden nur neun Prozent aller Straftaten im Internet angezeigt, davon bleiben wiederum 70 Prozent unaufgeklärt. Gewinnen letztlich die „Cleveren und Verantwortungslosen“? Oder müssen die Befugnisse der Behörden deutlich verbessert werden?

Holger Münch: In der Tat gehen wir davon aus, dass ein Großteil der Straftaten im Netz nicht angezeigt wird. Vielfach bemerken die Betroffenen nicht einmal, dass sie Opfer von Cyberkriminellen geworden sind. Vor allem Firmen scheuen sich, aus Angst vor Reputationsverlust, Angriffe auf ihre Netzwerke zu melden. Hier brauchen wir eine verstärkte Kooperation zwischen Wirtschaft

und Polizei, die Vertrauen in die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden schafft. Denn wo keine Anzeige erstattet wird, können die Sicherheitsbehörden nicht tätig und die Kriminellen nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Vielfach stoßen wir bei der Bekämpfung von Cybercrime schnell an Grenzen. Die immer weiter verbreiteten Möglichkeiten der Kryptierung und Anonymisierung stellen uns vor große Herausforderungen. Wer heute im Netz anonym bleiben will, hat ein leichtes Spiel. Täter nutzen zum Beispiel das TOR-Netzwerk oder spezielle Services, die nicht zurück verfolgbare IP-Adressen generieren. Kommt es dann zu betrügerischen Bestellungen

im Internet, ist es uns kaum möglich die Täter zu identifizieren. Ebenso stellen wir in Verfahren immer wieder fest, dass sichergestellte Datenträger mit Kryptierungssoftware verschlüsselt sind. Eine Analyse der Daten ist häufig unmöglich, der Tatnachweis erheblich erschwert. Gleiches gilt für kryptierte Kommunikation. Dies alles schafft verfolgungsfreie Räume mit erheblichen Auswirkungen auf die Arbeit der Sicherheitsbehörden. Unsere Gegenstrategien dazu müssen auf Vernetzung basieren, national wie international.

DP: Die kritischen Infrastrukturen Deutschlands erscheinen in Zeiten zunehmender Cyberangriffe als hochgefährdete Ziele. Reichen Ihrer Meinung nach die Vorkehrungen der Sicherheitsbehörden aus oder sind deutlich höhere Investitionen zur Abwehr und eine bessere Zusammenarbeit gefragt?

Münch: Längst hat sich die Polizei auf veränderte Erscheinungsformen der Kriminalität und sich ändernde Anforderungen in der Kriminalitätsbekämpfung eingestellt. Landesweit gibt es Spezialdienststellen zur Bekämpfung von Cybercrime, in die personell und materiell investiert wurde. Für gleichermaßen wichtig halte ich behördlich-private Kooperationen wie das „German Competence Center against Cyber Crime“, kurz G4C, aber auch behördenübergreifende Kooperationen wie das Nationale Cyber-Abwehrzentrum. Zugleich müssen wir weitere Formen der Zusammenarbeit etablieren und zielgerichtet vorhandene Kompetenzen zusammenführen. Unsere Bekämpfungsstrategien und Organisationsstrukturen können nicht statisch sein, sondern müssen immer wieder neu ausgerichtet und nachjustiert werden. Nicht jeder muss alles machen – Vernetzung und Bündelung der Kräfte über Organisationsgrenzen hinweg sind das Gebot der Stunde.

Aber: Cybercrime macht nicht vor Staatsgrenzen Halt, die Internationalität der Tatbegehung nimmt stetig zu. Eine enge Zusammenarbeit auf internationaler Ebene ist unver-





Polizeinsatz während der Terrorlage in Paris Anfang Januar 2015.

Foto PHOTOPQR/LE PARISIEN/dpa

zichtbar. Europol mit dem European Cybercrime Center und Interpol mit dem neu eröffneten Interpol Global Complex for Innovation in Singapur spielen hier eine zentrale Rolle, damit nicht nur für die Täter die Grenzen fallen. Das BKA legt daher – auch im Interesse der Kriminalitätsbekämpfung der Länder – einen Schwerpunkt auf die Intensivierung und Optimierung der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit.

DP: Wie lange können wir es uns noch leisten, im Kampf gegen Terrorismus und schwere Straftaten auf die Vorratsdatenspeicherung zu verzichten?

Münch: Gar nicht mehr. Ein terroristischer Anschlag ereignet sich häufig nicht isoliert, es kann zu Serien kommen. Dann müssen wir möglichst schnell Strukturen erkennen und Mittäter identifizieren, um weitere Anschläge zu verhindern. Es geht um Gefahrenabwehr, aber auch um die erfolgreiche Strafverfolgung von Unterstützern von Terrorgruppen. Beispielsweise hätten wir nach Anschlägen wie in Paris nicht ermitteln können, wie einer der Terror-Brüder Kouachi und der Terrorist im Laden für koschere Lebensmittel in Verbindung standen: Ihre Frauen telefonierten vor den Terrorakten mehr als 500 Mal miteinander. Und auch

„Ich mache mir Sorgen, dass die Sicherheitsorgane von Teilen der Bevölkerung als Bedrohung und nicht als Verbündeter zum Schutz ihrer Daten empfunden werden.“

die Festnahmen weiterer Terrorverdächtiger in Frankreich gehen unter anderem auf die Ermittlungen von Kommunikationsstrukturen der Täter zurück. Nur mittels Vorratsdaten war es möglich, Unterstützer und Kontaktpersonen der Attentäter zu identifizieren. Die Vorratsdatenspeicherung ist zur Terrorbekämpfung – wie auch in vielen anderen Fällen der Schwerstkriminalität – ein sehr

wirkungsvolles Ermittlungsinstrument.

DP: Wie kann erreicht werden, dass dieses wichtige Ermittlungsinstrument von der breiten Öffentlichkeit akzeptiert wird?

Münch: Die Wenigsten wissen, dass bei der Vorratsdatenspeicherung nur Verbindungsdaten, nicht Gesprächsinhalte gespeichert werden. Nicht die Sicherheitsbehörden speichern die Daten, sondern die Provider. Nur mit einem richterlichen Beschluss können Polizeibeamte auf diese Daten im konkreten Einzelfall zugreifen. Ich mache mir Sorgen, dass die Sicherheitsorgane von Teilen der Bevölkerung als Be-

drohung und nicht als Verbündeter zum Schutz ihrer Daten empfunden werden. Denn: Die Vorratsdatenspeicherung ermöglicht uns ein Mehr an Sicherheit zu gewährleisten. Denken Sie beispielsweise an den sogenannten Einzeltrick. Diese besonders heimtückische Form des gewerbsmäßigen Betrug hat oft existenzielle Folgen für die Opfer – von ihrem seelischen Schaden, ausgelöst durch Scham und Schuldgefühle, ganz zu schweigen. Ohne eine Speicherung von Verkehrsdaten ist es der Polizei häufig nicht möglich, die Täter zu ermitteln. Wir aber müssen wissen: Wer hat das Opfer angerufen? Welches Handy war in der Funkzelle eingeloggt, die den Wohnbereich des Opfers abdeckt und in dem die Geldabholung durch den Täter erfolgte. Ohne derartige Informationen kommen wir nicht weiter. Wir müssen uns bemühen, über diese Zusammenhänge noch besser aufzuklären, dabei aber auch die Bedenken gegen die Vorratsdatenspeicherung ernst nehmen. Wir werden unseren Beitrag zu einer sachlichen und an Fakten orientierten Diskussion leisten.

DP: Danke für das Interview, Herr Münch.

Die Fragen stellte DP-Redakteur Wolfgang Schönwald.



Bereitschaftspolizei weiter unter Druck

Einen Tag vor der sogenannten Legida-Demonstration in Leipzig Ende Januar, wo erneut Anhänger der islamkritischen Bewegung und noch mehr Gegner des Bündnisses demonstrieren wollten, konstituierte sich der neue Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei (BFA BePo) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf einer Tagung in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle. Lagebedingt war der neue Vorsitzende des Gremiums, Jürgen Herdes, denn auch gezwungen, seine Fachausschuss-Kolleginnen und -Kollegen früher als geplant zu verlassen. Der 46-jährige Führer einer schleswig-holsteinischen Beweissicherungs- und Festnahmeinheit (BFE) hatte kurz vor seiner Weiterfahrt in die sächsische Metropole noch schmunzelnd festgestellt: „Wir sind eine echte Reise-Hundertschaft.“

Zuvor war der langjährige Vorsitzende des BFA BePo, der Berliner Bernhard Schmidt, vom GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow und dem für die Bereitschaftspolizei zuständigen Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, Clemens Murr, verabschiedet worden. Malchow würdigte die engagierte, zielorientierte und auch teils unbequeme Art Schmidts, die letztlich viel für die Kolleginnen und Kollegen in den geschlossenen Einheiten gebracht habe. Schmidt selbst bezeichnete sich in seiner Abschiedsrede als „BePo-Lobbyist mit Tunnelblick“ und

rungen erreicht wurde, sich später positiv auf die gesamte Polizei auswirkte.

Der bundesweit einsatzerfahrene Pensionär, der seit Mitte 2013 seinen Ruhestand genießt und 20 Jahre aktiv im BFA BePo Gewerkschaftsarbeit geleistet hat, erinnerte eindringlich daran, dass vor allem der BFA BePo es wahr, der das Thema Arbeitsschutz in der GdP vorangetrieben habe. Ebenso intensiv sei der „Demokratisierungsprozess der Polizei weg vom Militärischen“ begleitet worden. Schmidt: „Wir saßen vor Jahren mit unserem Ausschuss in einer bayerischen Berg- hütte. Mit uns diskutierte der dama-



Der neue BFA-BePo-Vorstand (v.l.): Wilfried Hofmann, Jürgen Herdes, Dieter Käufer mit Clemens Murr, im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständig für die Bereitschaftspolizei.
Foto: Michael Zielasko

appellierte an seine Nachfolger, insbesondere die Ausrüstung und Ausstattung der Bereitschaftspolizistinnen und -polizisten im Fokus zu behalten. Es habe sich oft genug gezeigt, dass das, was in der BePo an Verbesse-

lige bayerische Innenminister Günther Beckstein. Wir kritisierten, dass die bayerische BePo bei Staatsempfängen am Flughafen noch immer Koppel und Stahlhelm trug. Wenig später war das abgeschafft. „Man habe eben auf




Der neue COP®-Katalog ab 1. März erhältlich!

COP® Specials März / April 2015 * Gültig vom 20.02. - 30.04.15

1 Under Armour® Tactical T-Shirt Tech Tee
Art.-Nr. UA10056840-Größe (oliv)
Art.-Nr. UA10056845-Größe (schwarz)
Farben: olivgrün und schwarz
Material: 95% Polyester, 5% Elasthan; Größen: S - 3XL
Kurzärmeliges, hochfunktionelles Funktionshirt mit HeatGear® Technologie, besonders geeignet für den Einsatz bei warmen Wetter.

Aktionspreis € 19,90**
~~statt 29,99*~~



2 Under Armour® Tactical Valseltz RTS Stiefel
Art.-Nr. UA1250234B-Größe (beige)
Art.-Nr. UA1250234A-Größe (schwarz)
Farben: beige und schwarz
Größen: US 8 - 14 (EU 41 - 48,5)
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 428g

Aktionspreis € 119,90**
~~statt 149,99*~~

3 Einsatzhandschuh COP® CR212 TS
Art.-Nr. 32021215-Größe
Größen: XS - 3XL; Farbe: schwarz
Ausnenmaterial: 100% Ziegenleder
Innenmaterial: 100% Polyäthylen
Ultradünner Handschuh mit rundum Schnittschutz & Touchscreen-Funktion.

Aktionspreis € 49,90**
~~statt 69,99*~~



4 Under Armour® T-Shirt Sportstyle Logo T
Art.-Nr. UA1248608N-Größe (navy)
Art.-Nr. UA1248608S-Größe (schwarz)
Material: 55% Baumwolle, 34% Polyester, 11% Elasthan; Farben: navy und schwarz
Größen: S - 2XL
Kurzärmeliges, hochfunktionelles Shirt mit HeatGear® Technologie.

Aktionspreis € 19,90**
~~statt 29,99*~~

5 Under Armour® Patch Basecap
Art.-Nr. UA1249168-BR (braun)
Art.-Nr. UA1249168-S (schwarz)
Größe: Einheitsgröße
Material: 97% Baumwolle, 3% Elasthan
Farben: schwarz und braun
Klettflauschfläche: vorne: 9 x 6 cm
hinten: 10 x 2 cm.

Aktionspreis € 15,90**
~~statt 24,99*~~



6 Kinn- und Mundschutz COP® 600N
Art.-Nr. 320600N
Einheitsgröße
Farbe: schwarz
Material: Hochverdichtetes Polyethylen
Mundschutz wie bei BFE/USK und anderen Polizeieinheiten. Hervorragende Dämpfungs- und Schutzigenschaften. Inkl. 2 Stück Kabelbinder.

Aktionspreis € 14,90**
~~statt 24,99*~~

7 Einhand-Klappmesser COP® 3000
Art.-Nr. 463000
Farbe: satinierte Klinge, Griffstück dunkelgrau
Klinge: 8,4 cm
Gesamtlänge: 20 cm
Gewicht: 90 g; 50/50 Klinge

Aktionspreis € 9,90**
~~statt 17,99*~~



Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

www.cop-shop.de

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

*** ehemaliger Verkäuferpreis
** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Februar bis 30. April 2015 * Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.



An Themen mangelte es den BePo-Kolleginnen und -Kollegen nicht. Unter anderem wurde auch der kommende G7-Einsatz im bayerischen Elmau erörtert. Foto: Michael Zielasko

die Sache bezogene Imagepflege und Überzeugungsarbeit geleistet.

Neben dem Vorsitzenden Herdes waren der Niedersachse Dieter Käufer als Stellvertreter und der Franke Wilfried Hofmann als Schriftführer in den BFA-Vorstand – jeweils ohne Gegenstimme – gewählt worden.

Für GBV-Mitglied Murr, seit 29 Jahren bayerischer BePo-Mann, ist die Begleitung des BFA eine Herzensangelegenheit. „Ich war nicht sehr traurig, als mir meine Vorstandskolleginnen und -kollegen diesen Zuständigkeitsbereich nahe brachten. Das passt ganz hervorragend“, sagte er. Der 49-jährige Erste Polizeihauptkommissar warnte vor der „demographischen Keule“, die auch die Polizei bald treffen werde. Viele erfahrene Kräfte, schätzungsweise 35 bis 40 Prozent, würden die Polizei altersbedingt verlassen, doch immer weniger junge Menschen stünden in Zukunft dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, seien zudem entweder für den herausfordernden Polizeiberuf ungeeignet oder fänden den Dienst trotz erheblicher Werbebemühungen nicht attraktiv genug. So mühe sich beispielsweise die bayerische Polizei

mit ihrer Nachwuchskampagne „10.000 in 10 Jahren“ um neue Beamtinnen und Beamte. Fundamentale, bundesweite Konzepte, die dieser Entwicklung entgegenzusteuern in der Lage wären, seien nicht ausreichend erkennbar. Auch die Erfahrungen der anderen Kolleginnen und Kollegen der Länder und der Bundespolizei spiegelten das wider.

Murr kritisierte die spürbar spärlicher ausfallende Sachmittelzuweisung des Bundes an die Bereitschaftspolizeien. So müssten die Länder wegen der Beschaffung von neuen, immens teuren Wasserwerfern immer öfter finanziell für anderweitige BePo-typische Beschaffungen in die Bresche springen – insbesondere auch, weil der Bundeshaushalt für die Bereitschaftspolizeien auf sehr niedrigem Niveau verharre. Weiterhin problematisch, so bilanzierte Murr, bleibe die Personalsituation der Bereitschaftspolizeien. Nach einem aktuellen Lagebericht aus den Ländern und der Bundespolizei zeige sich, dass noch keine Besserung in Sicht sei. Der Bereitschaftspolizist als sogenannter POW, der noch von Bernhard Schmidt so bezeichnete „Polizist ohne Wochen-

ende“, sei beileibe kein Problem von gestern, sondern bittere Realität.

Zum polizeilichen Planungsstand zum G7-Gipfel, der im Juni auf Schloss Elmau in der Nähe von Garmisch-Partenkirchen stattfindet, sagte der auf dem GdP-Bundeskongress in den Geschäftsführenden Bundesvorstand gewählte Bayer, er erwarte einen massiven, kaum zu bewältigenden Personaleinsatz. Trotz dieser ernüchternden Perspektive habe sich die Festlegung der Bundesregierung auf diesen Veranstaltungsort zumindest für die bayerische Bereitschaftspolizei bereits ausgezahlt. „Dank G7 alles neu“, stimmte auch Landsmann und Schriftführer Wilfried Hofmann ein. So würden neue Einsatzanzüge beschafft, die unter anderem auch auf weiblich anatomische Belange Rücksicht nehme – eine Forderung, die übrigens der jüngste GdP-Bundeskongress deutlich formulierte. Auch die Schutzausstattung der bayerischen BePo-Kräfte werde nunmehr auf Drängen der GdP neu beschafft.

Einen herausfordernden Abend erlebte BFA-BePo-Chef Herdes, der einen Tag nach den Legida-Demonstrationen und Gegendemonstrationen in Leipzig gegenüber DEUTSCHE POLIZEI von



einem Einsatz unter schwierigen Rahmenbedingungen sprach. Was sowohl an der „eher rechtslastigen Legida-Klientel inklusive mitmarschierender Hooligan-Trupps“ gelegen habe, als auch an massiven Gegenprotesten linksautonomer Gruppierungen.

Herdes schilderte exemplarisch das hinterhältige Vorgehen gewaltbereiter Gegendemonstranten, die durch „Rütteln an den Absperrgittern sowie dem Anlegen von Vermummung, erst die Kräfte zum Einschreiten brachten. Die dann ankommenden Beamtinnen und Beamten wurden zunächst mit Laserpointern geblendet. Und dann versuchten die Angreifer, die Gitter zu überwinden“. Es habe mehrere verletzte Kolleginnen und Kollegen gegeben, die kurzzeitig aus dem Dienst genommen werden mussten.

Nach dem Einsatz übermittelte Hagen Husgen, Vorsitzender des sächsischen GdP-Landesbezirks, persönlich den Dank seiner Organisation an alle 40 eingesetzten Hundertschaften.

mzo

Lewentz: „Es wird nicht einfacher“

Unter regem Interesse der Medien ist Mitte Januar im rheinland-pfälzischen Innenministerium in Mainz der Vorsitz der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren (IMK) vom nordrhein-westfälischen Chef des Innenressorts, Ralf Jäger, an seiner rheinland-pfälzischen Kollegen Roger Lewentz übergeben worden.

Das zurückliegende Jahr sei vom syrischen Bürgerkrieg und dem immer mehr aufkommenden gewaltbereiten Salafismus geprägt gewesen. Mainz liege näher an Paris als an Berlin, die Gewährleistung der inneren Sicherheit werde nicht einfacher, prognostizierte der neue IMK-Vorsitzende Lewentz, und betonte, dass er sich auf die Aufgabe freue, sich aber der damit verbundenen Verantwortung bewusst sei. Es habe ihn beispielsweise erschüttert, dass ein 15-jähriges Mädchen nach Syrien ausgereist war, um dort am Dschihad der IS teilzunehmen, ohne dass dies den Behörden rechtzeitig bekannt ge-

worden sei. Polizei und Verfassungsschutz dürften mit der Lage auch nicht allein gelassen werden, man brauche Sicherheitspartnerschaften und Präventionsangebote. Als Beispiel nannte er einen adäquaten Internet-Auftritt als Gegengewicht zu den zahllosen Radikalisierungsseiten – daran arbeite die Bundessozialministerin Manuela Schwesig.

Das Abgleiten verhindern – Lösungen finden

„Wie können wir das Abgleiten insbesondere junger Männer in den ge-

Anzeige



**HEROES
WEAR HAIX®**

**WIR SUCHEN
DICH
FÜR DEN GROßEN
BLACK EAGLE® ADVENTURE
TRAGETEST!**

HAIX®
www.haix.com

**POLIZEI
PRAXIS**
www.polizeipraxis.de

Bewirb Dich bis 31.03.2015 mit einer Email an:
black-eagle-adventure@polizeipraxis.de
und überzeuge uns, warum Du eines der 30 Test-Paare
bekommen sollst.

Hierbei teile uns bitte Dein Alter, Geschlecht und bevorzugte
Freizeitaktivität mit. Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt durch
die Redaktion des Magazins **POLIZEIPRAXIS**.

Mit Deiner Bewerbung stimmst Du zu, den Schuh während des Tests intensiv zu nutzen und nach Ablauf einen Fragebogen an Deine
Email-Adresse zu bekommen, den Du uns ausgefüllt zurück sendest. Selbstverständlich sichern wir Anonymität zu. Sämtliche Angaben
werden vertraulich behandelt und nach Abschluss/Auswertung des Tests gelöscht. Also los geht's, wir freuen uns auf Deine Bewerbung!



Pressekonferenz anlässlich der Übergabe des IMK-Vorsitzes in Mainz: NRW-Minister Ralf Jäger (3.v.r.) und sein rheinland-pfälzischer Kollege Roger Lewentz (2.v.r.)

Foto: Bernd Becker

waltbereiten Salafismus verhindern?“ stellte NRW-Innenminister Ralf Jäger als Frage in den Raum und berichtete über die IMK-Initiative, in jedem Bundesland eine Zentralstelle als Kopf für regionale Netzwerke einzurichten, in denen Informationen über drohende Radikalisierungen gesammelt würden.

Zum Thema Vorratsdatenspeicherung kündigte Lewentz an, sich aber in der Verantwortung für die Sicherheit der Menschen nicht „fesseln“ zu lassen. Anschlagsvorbereitung finde in elektronischen Medien und mit Telefonie statt. „Da müssen wir nach Lösungen suchen“.

Als weitere Schwerpunkte für 2015 beschrieb Lewentz neben der terroristischen Bedrohung, die organisierte Einbruchskriminalität und die Gewalt rund um den Fußball.

Allen Innenministern bereite besondere Sorge, dass Polizistinnen und Polizisten sowie andere uniformierte Helfer zunehmend Ziel von Beleidigungen und Angriffen sowie Opfer von Gewalt würden. Man sei sich einig, dass das Phänomen in der Kriminalstatistik präziser erfasst und als gesamtgesellschaftliches Problem behandelt werden müsse. Als weiteres Thema wolle er die polizeiliche Begleitung von Schwertransporten auf der Ebene der Ressortverantwortlichen ansprechen.

Der rheinland-pfälzische GdP-Chef Ernst Scharbach mahnte, das Augenmerk verstärkt auf die Be- und Überlastung der Polizei zu richten. Die Personalentwicklung der Polizeien von Bund und Ländern halte schon viele Jahre mit der Aufgabenentwicklung nicht Schritt, der Krankenstand sei noch nie so hoch

gewesen. Scharbach sagte: „Wir brauchen mehr Polizistinnen und Polizisten und die Belastung muss wenigstens mit deutlichen Signalen der Wertschätzung einhergehen und nicht mit dem stän-

digen Hinweis auf die einzuhaltende Schuldenbremse“ und wünschte „seinem“ Innenminister für die bevorstehende Amtszeit als IMK-Vorsitzender alles Gute.

Bernd Becker

IT-SICHERHEIT



Keine ferne Zukunft: Cyberwaffen im Einsatz

Von Joachim Jakobs

Wenn eine Verwaltung ihre Aufbau und Ablauforganisation mit Hilfe von Software im Detail abbildet, kann das die Effizienz steigern. Allerdings kann die gesteigerte Effizienz auch zur Bedrohung werden – wenn Kriminelle das digitalisierte Verwaltungswissen abziehen – oder gar manipulieren. Ähnlich ist es, wenn sich Verwaltungen softwaretechnisch unter ein gemeinsames „Firmen“-Dach begeben – und sich noch dazu mit anderen Institutionen des Staates und der Wirtschaft verknüpfen. Wichtig ist es also, „digitale Nervenbahnen“ kompetent zu schützen.

Vor gut einem Jahr wurde bekannt, dass sich eine Variante des Carberp-Trojaners – eine Schadsoftware, mit der Kriminelle Wissen aus den Informationssystemen ihrer Opfer abkuppfern – auf die Systeme eines großen deutschen Software-Konzerns spezialisiert haben soll. Wenige Tage zuvor war von einem ähnlichen Schädling namens „Shiz“ die Rede: Im Gegensatz zu seinem bisherigen Verhalten bedrohte die neue Variante dieses Schädlingen – ähnlich wie bei Carberp

– nicht einfach nur gängige Windows-Systeme, sondern hielt Ausschau nach auf Firmenstrukturen spezialisierte Installationen. Der „Schieß“ könnte fette Beute gemacht haben: „Mindestens 3.000 Systeme sollen mit dem Internet verbunden sein, schreibt die Internetzeitung „The Register“ unter Berufung auf den Sicherheitsberater Rapid7. Dessen Marketing Manager Christian Kirsch meint, dieses kriminelle Interesse sei nicht wirklich verwunderlich – schließlich enthiel-



ten solche ERP-Systeme (Enterprise-Resource-Planning-System) auch Finanz-, Kunden-, Mitarbeiter- und Produktionsdaten der anwendenden Unternehmen. Dessen sollten sich, so Kirsch, Hunderttausende Kunden auf fast der ganzen Welt bewusst sein. Schließlich hätten nahezu alle Daten ihren Wert im virtuellen Hinterzimmer – jede Information, jedes Passwort, jede PIN und jede Zugangsberechtigung verspricht Bares.

Profile abziehen

Auch staatliche Behördensysteme könnten sich der Aufmerksamkeit der Angreifer erfreuen: Elektronische Vorgangsakten enthalten Informationen über Personen, Sachen, Werkzeuge und Zusammenhänge, dokumentieren aber außerdem, was noch nicht bekannt ist. Außerdem könnten kriminelle Kreise erfahren, wer den Sachstand bearbeitet, in welcher Funktion er tätig ist, womöglich sogar, wie er bezahlt wird und wo er wohnt: quasi ein komplettes Personenprofil. Nicht nur der Betroffene gerät unter Umständen in eine ernste Bredouille, auch die Daten sind selbstverständlich in Gefahr, gestohlen, manipuliert oder gelöscht zu werden.

Spätestens Meldungen wie diese – ebenfalls vom November 2013 – sollten hierzulande aufhorchen lassen: „Polizeisysteme stark verwundbar“, wie Internetblogger titelten. Gutachter einer englischen Polizeibehörde hätten festgestellt, dass sich Unbefugte Zugriff zur Verwaltungsdatenbank der Behörde hatten verschaffen können.



Computer-Daten auf einem Display im Cybercrime Center im Europol-Hauptquartier im niederländischen Den Haag.

Foto: AP Photo/Peter Dejong/dpa

Engere Vernetzung

Auch noch delikater Kunden-Zielgruppen stehen offenbar auf der Akquise-Liste engagierter Software-Entwickler. So könnten beispielsweise Nachrichtendienste dafür interessiert werden, kompakter Spuren zu verfolgen, relevante Details zu identifizieren und Resultate zu speichern wie zu klassifizieren. Durchaus interessant ist zudem die Frage, welche Quellen verarbeitet werden könnten. Die Entwickler – wie könnte es auch anders sein – versprechen einen breiten Ansatz. Eingebunden werden könne praktisch alles, auch bestehende Auskunfts und Fahndungssysteme, Leitstellensysteme, Visualisierungswerkzeuge oder Datenanalyse-Software.

In den Software-Schmieden sind weiterhin Anwendungen, mit deren Hilfe Dienste in die Zukunft schauen können sollen – etwa, um sich auf „größere politische und ökonomische Veränderungen“ vorzubereiten.

Es wäre interessant, zu erfahren, ob Software-Unternehmen an dem bekannten PRISM oder anderen Geheimdienstprogrammen beteiligt sind oder ob Nachrichtendiensten meistbietend der Zugang zu den Kunden-Datenbanken verschafft wird. Eine heikle Fragestellung, denn auszuschließen ist das nicht. Antworten darauf sind weniger als rar!

Internet der Dinge

Stattdessen beschäftigen sich die

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622





Manipulation möglich – Kontrollzentren von Atomkraftwerken sind potenzielle Ziele von Cyber-Angriffen.

Foto: Peter Banos/dpa

Entwickler und Strategen im Bereich digitaler Zukunftstechnologien lieber mit dem sogenannten Internet der Dinge: Künftig sollen nicht nur Telefone, sondern auch Autos, Gebäude, Stromnetze und alle übrigen Dinge die Vorsilbe „smart“ erhalten. Dazu stehen der Bundesrepublik mit dem neuen Internetprotokoll IPv6 fünf Quintillionen Adressen zur Verfügung. Damit ließen sich die 100 Billionen Körperzellen von 80 Millionen Einwohnern 625 Millionen Mal weltweit einmalig durchnummerieren.

So könnten Informationen aus Sensordaten gewonnen werden, um durch die Echtzeit-Auswertung von Geo- und Telematikdiensten vorausschauende Analysen zu erstellen. So sollen technische Störungen vorhergesagt und vorbeugende Maßnahmen in den Bereichen Wartung, Logistik und Produktion eingeleitet werden können.

Fantasien gedeihen

So gedeihen die Ideengärten zur

weiteren Automatisierung der Welt. Und Unternehmen prophezeien mittlerweile, dass intelligente Städte von intelligenten Dingen bevölkert sein würden, deren Sensoren untereinander kommunizieren. So könnten an vielen Punkten und quer durch die gesamte intelligente Stadt eingerichtete Kameras bei einem Unfall sofort die Polizei informieren. Schließlich erreicht die Polizei schneller den Unfallort und der Verkehr könnte von der Leitzentrale umgelenkt werden, bevor es zu einem Stau käme – Zukunftsfantasien? Angeblich sollen im brasilianischen Rio de Janeiro solche Techniken bereits ausprobiert werden. Allerdings will auch das Einrichten von Überwachungskameras und Verkehrsleitsystemen gelernt sein – so berichtete die britische Zeitung „Mirror“ von Überwachungskameras, deren Aufnahmen live auf russischen Internetseiten auftauchen.

Ähnlich wollen Wissenschaftler der Universität Michigan nachgewiesen haben, dass sie die Steuerung von 100 vernetzten Ampeln knackten – und sich selbst eine Grün-Phase gönnten

könnten, um auf diese Art ungehinderter durch die Straßen zu kommen. Womöglich könnten sie aber auch alle Ampeln gleichzeitig auf Grün schalten – was dann?

Voraussagende Polizeiarbeit

Nicht völlig neu, aber auf jeden Fall relevant, ist unterdessen die Frage nach der digital intelligenten Vermeidung künftiger Straftaten, Schlagwort „Predictive Policing“. Diese voraussagende Polizeiarbeit soll Kriminalitätsbrennpunkte identifizieren, um bei bestimmten Delikten deutlich verbesserte Aufklärungsquoten zu erzielen – nach dem Motto, „Versuch‘ es erst gar nicht, wir wissen bereits, wo du einbrechen willst“.

Nicht jeder zeigt sich indes überzeugt: Die Anwaltskanzlei Goodwin Procter LLP mit Sitz in Boston scheint sich nicht sicher, ob es sich beim Internet der Dinge um eine Gold- oder eine Landmine für die Strafverfolgung



handelt: „Die Daten aus dem Internet der Dinge könnten eine Menge an Beweisen liefern, die zu einem Strafverfahren führen – oder es auch platzen lassen (zum Beispiel bei der Frage, ob ein Beschuldigter zur Tatzeit zu Hause war oder was der Fahrer Sekunden vor dem Unfall getan hat).“

Aber die Datenanalyse wäre mit gehörigen Kosten verbunden. Erhebliche Geldbeträge und Zeitkontingente würden nötig sein, um relevante Zusammenhänge zu erfassen. Ebenso müssten Systeme entwickelt werden, um die Konservierung und den Rückblick darauf zu ermöglichen. Noch wichtiger sei aber, dass die Frage der Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit die Sammlung und den Gebrauch der Beweise stören werde.

Virtuelle Flecken

Beute lässt sich unterdessen nicht nur mit Trojanern machen; zum Diebeswerkzeug des Informationszeitalters

gehören weitere Bedrohungen: So können sich sogenannte kritische Fehler zu sicherheitsrelevanten „Löchern“ in Kunden-Anwendungen auswachsen. Ist das Loch aber erst einmal identifiziert und mit einem virtuellen Flicker gestopft, muss sich der Systembetreiber ranhalten, diesen Flicker auch tatsächlich in sein System einzubauen: Schließlich finden nach Experten-Erkenntnissen 94 Prozent aller Angriffe in den ersten 24 Stunden nach dem Entdecken eines Sicherheitslochs statt. Löcher, die am „Nullten“ Tag nach ihrer Entdeckung (oder früher) ausgenutzt werden, heißen unter Fachleuten übrigens „Zero Days“ – und werden im digitalen Raum, wie bereits geschehen, zwischen 5.000 und 250.000 US-Dollar gehandelt.

Kernkraftwerke manipulieren

Vor rund anderthalb Jahren warnte die Gesellschaft für Informatik e. V. (GI) davor, dass Nachrichtendienste

weltweit 10.000 Server in Deutschland infiltriert haben könnten. Der Informatiker-Verein, nach eigenen Worten ein Zusammenschluss von Menschen, die einen engen Bezug zur Informatik haben und sich für dieses Fachgebiet mit all seinen Facetten und Anwendungsgebieten interessieren, sieht darin eine „akute Gefahr für Leib und Leben der Bürgerinnen und Bürger“. So bestehe die Manipulationsmöglichkeit der Steuerungsdaten in Kernkraftwerken.

Drastisch formuliert Alexandr Polyakov, Technik-Chef des russischen Sicherheitsdienstleisters ERP-Scan: „Wenn ich die perfekte Cyberwaffe bauen will, greife ich das Enterprise-Resource-Planning-System (ERP) an.“ Die Schädlinge seien clever und setzten auf die Automatisierung ihrer Prozesse.

Seit zwei Jahren ist überdies die Rede von Automatic-Transfer-Systemen (ATS), die – ohne jede Interaktion mit den späteren Opfern – Bankkunden vollautomatisch Geld aus den virtuellen Taschen ziehen sollen. Andere versuchen es mit Erpressung: Daten

Anzeige



»**WIR** zahlen
0€ fürs Girokonto.«

Gemeinsam mehr als eine Bank

SpardaGiro: Das kostenlose Girokonto* für Mitglieder.

Wechseln auch Sie zur Bank, die ihren Mitgliedern gehört. Denn gemeinsam machen wir faire Konditionen und einfache Produkte möglich. So, wie unser kostenloses Girokonto.* Das können Sie auch ganz bequem online nutzen – oder unterwegs mit unserer App. Und um den Kontowechsel kümmern wir uns auch.

Jetzt informieren: www.sparda.de

Kundenmonitor®
Deutschland 2014

Platz 1

Sparda-Banken
(Platz 1 von 1993-2014)

Kundenzufriedenheit

bei Banken und Sparkassen
unter 8 ausgewiesenen Instituten

* Lohn-/Gehalts-/Rentenkonto für Mitglieder bei Erwerb von 52,- Euro Genossenschaftsanteil mit attraktiver Dividende.

Sparda-Banken

freundlich & fair





werden mit Hilfe eines Verschlüsselungsstandards weggesperrt. Wer dann die verlangten 300 Euro nicht zahlt, sieht seine Daten nicht wieder – wobei eine Zahlung auch nicht zwingend zur erhofften Entschlüsselung der Daten führt.

Expertenwissen der Angreifer erschreckend hoch

In seiner Studie „12 YEARS OF SAP SECURITY IN FIGURES: A GLOBAL SURVEY“ zeigt sich ERP-Scan skeptisch. Unter vielen Nutzern sei der Mythos weit verbreitet, dass manche Anwendungen nicht übers Internet zu erreichen seien. Deshalb seien Schwachstellen nur mit Hilfe eines Insiders auszubeuten. Sebastian Schinzel, Professor an der Fachhochschule Münster, ergänzt: „Die Entscheider in den Unternehmen verstehen das Problem mit der Sicherheit nicht. Sie kennen ja auch nicht den Unterschied zwischen Safety und Security und meinen stattdessen, nur weil ein System funktioniert, sei es auch sicher.“

Werden Kunden ausreichend sensibilisiert?

Auf die Frage, was Konzerne unternehmen, um Kunden für das The-

ma Sicherheit zu sensibilisieren, wird häufig darauf verwiesen, dass neben einer sicheren Software die richtige Integration der Systeme gewährleistet sein muss. Man sei ja mit den Kunden in Kontakt und habe dedizierte Sicherheitskontakte ausgewiesen. Darüber hinaus dienen diese Sicherheitskontakte auch als direkte Ansprechpartner für den Fall, dass eine identifizierte Sicherheitsschwachstelle durch das umgehende Einspielen einer Korrektur geschlossen werden müsse.

Das Problem bleibt: Der offensichtliche Mangel an Sicherheitsbewusstsein geht Hand in Hand mit einer gewaltigen Software-Leistungsfähigkeit. Praktisch kann beispielsweise ein ganzes Unternehmen digital abgebildet werden. Die Existenz eines Konzerns könnte ernsthaft bedroht sein, wenn Informationen mit solcher Detailtiefe an Wettbewerber gerieten.

IT grundschützen!

Das Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) empfiehlt Behörden und Unternehmen, sich den „IT-Grundschutz“ zu Herzen zu nehmen. Das Dokument enthält seit Oktober 2013 insgesamt 4.482 Seiten und gibt Tipps, was man denn tun kann, um die eigene Sicherheit zu erhöhen – etwa durch das Entwickeln von Sicherheits- und Notfallkonzepten, die Investition in sichere Fenster, Türen, Tresore sowie entsprechende Sicherheitssoftware und



vor allem: Bildung – über die sollte wohl jeder verfügen, der informationstechnische Entscheidungen fällt oder auf Basis dieser Entscheidungen anschließend Software entwickelt, implementiert, administriert oder nutzt.

Schwächen automatisiert ausnutzen

Nicht immer hält indes die Geheimhaltung, was sich ihre Nutznießer davon versprechen: Gefahren und darauf passende Maßnahmen gehören häufig zum Standardkatalog der IT-Sicherheit. Kriminelle nutzen bei ihren Angriffen sogar künstliche Intelligenz, um menschliche und technische Schwächen automatisiert auszunutzen. Es ist wichtig, unzureichende oder gar fehlerhafte Maßnahmen in der öffentlichen Debatte zu identifizieren und auszumerzen. Findet die Diskussion aber nur hinter „verschlossenen Türen“ statt, ist allein schon fraglich, ob denn die Zutrittsberechtigten bei solchen Gesprächen überhaupt verstehen, wovon sie reden.

Die praktische Bedeutung dieser Überlegung zeigt sich am „Gnu Privacy Guard“ (GnuPG), einer Software zum Signieren und Verschlüsseln elektronischer Post. Der Quellcode der Software ist öffentlich und kann von jedermann diskutiert werden. Der unbemerkte Einbau von „Hintertüren“ (die von Spionen benutzt werden könnten) ist unwahrscheinlich, weil jede Veränderung sofort von den weltweiten Experten entdeckt würde. Das Ergebnis: Bislang gibt es keinen Hinweis auf einen erfolgreichen Angriff auf das System.

GnuPG erfüllt damit das Kerckhoffs'sche Prinzip: 1883 postulierte der niederländische Kryptologe Auguste Kerckhoffs, dass die Sicherheit eines Verschlüsselungsverfahrens auf der Geheimhaltung des Schlüssels beruht und nicht auf der des Verschlüsselungsalgorithmus.

Der Verschlüsselungsexperte Bruce Schneier dagegen hat für die Geheimhaltung heute nicht mehr viel übrig. Er schrieb im Frühjahr 2014, ein Jahr nach den Veröffentlichungen von Edward Snowden und vielen NSA-Dokumenten, die er seither gelesen hat: „Früher habe ich über geheime Sicherheitssysteme gelästert: ‚Sicherheit durch Geheimhaltung‘. Heute betone ich: Geheimhaltung bedeutet Unsicherheit.“

Hintergrund: Interview mit dem SAP-Sicherheitsexperten Gordon Mühl auch in der DP-Online-Ausgabe



Polizei Sachsen hat ersten grenzüberschreitenden Akademiker

Die Ausbildung der Polizeibeamten soll bereits seit Jahren vor allem im universitären Bereich zivilen Abschlüssen gleichgestellt sein. Nicht nur in der Bundesrepublik sind die polizeilichen Fachhochschulen und die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster auf dem Weg, die Akkreditierung eines polizeispezifischen Bachelor- und Masterstudiengangs langfristig zu sichern. Gleichzeitig finden Bemühungen statt, die Ausbildung der Polizeiorganisationen in den Staaten der Europäischen Union einander anzugleichen. Einer, der diese Entwicklung aus der Beteiligtenperspektive gut kennt, ist JUDr. (tschechisch/slowakisch, Doktor der Rechte) Jörg Petermann, Ph.D. Gegenüber DEUTSCHE POLIZEI (DP) erläutert er, wie er zum ersten grenzüberschreitenden Akademiker der Polizei Sachsens wurde.

Derzeit studieren an der Polizeiakademie in Bratislava 1.446 und an der Polizeiakademie in Prag 2.303 Studenten. Der Aufgabenschwerpunkt dieser Bildungsinstitute universitären Typs liegt neben der Lehre auf der Forschung und damit auf der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Polizeiwissenschaften.

Neben dem Bundeskriminalamt haben in Deutschland vor allem die Länder Bayern und Sachsen einen verstärkten Bedarf, mit der benachbar-

Eine Vorreiterrolle in diesem Prozess, sagt der promovierte Jurist, nehmen die Polizeiakademien der Tschechischen wie der Slowakischen Republik ein. Durch den Transformationsprozess der dortigen Gesellschaftsordnungen zu Beginn der neunziger Jahre waren die Bildungsinstitute zur Aufrechterhaltung ihrer universitären Stellung bereits recht früh in der Pflicht, für die breite Öffentlichkeit zugänglich zu sein und einen vergleichbaren Status mit allen anderen Hochschulen dieser Länder anzustreben. So wurden an der Polizeiakademie in Prag bereits seit 1992 verschiedene Bachelorstudiengänge und ab dem Jahr 2000 ein Masterstudiengang im Studienprogramm „Sicherheitsjuristische Studien“ mit der Bezeichnung „Polizeimanagement und Kriminalistik“ akademisch eingeführt.

Gleichlaufend wurden an beiden Hochschulen Promotionsverfahren in klassischen Doktoraten im juristischen und philosophischen Bereich akkreditiert. Die Integration von internationalen Doktorstudienprogrammen in den Bereichen Sicherheitsmanagement und Kriminalistik mit dem Akademischen Grad „Ph.D“ fand drei Jahre später Einzug in das Ausbildungsprofil, seit 2010 dann ebenso ein Habilitationsverfahren in dieser Fachrichtung.

Analog erfolgte dieser Prozess an der Akademie des Polizeikorps der Slowakischen Republik in Bratislava.

Verstärkter Bedarf

Die Absolventen finden neben der



JUDr. Jörg Petermann (l.) im Gespräch mit dem Polizeipräsidenten der Tschechischen Republik, Brigadegeneral Mag. Bc. Tomáš Tuhy

Foto: Polizeiakademie der Tschechischen Republik in Prag

Polizei (circa 50 Prozent) auch in der allgemeinen öffentlichen Staatsverwaltung, der kommunalen Selbstverwaltung, in Ämtern der sozialen Pflege, Probation und Mediation, den Feuerwehren, dem Strafvollzug oder auch den Stäben des Katastrophen- und Krisenmanagements Beschäftigung.

ten Polizeiorganisation in der Tschechischen Republik zu kooperieren. Nicht nur die direkte geografische Nähe und die faktische Annullierung wirksamer Grenzüberwachung nach dem Schengen-Beitritt Tschechiens im Jahr 2007, sondern auch die stetig anwachsende Verflechtung von Krimi-



nalitätsformen im Grenzraum machen eine Zusammenarbeit analog derer zwischen deutschen Bundesländern zwingend notwendig.

Erschwernisse

Neben dem grundsätzlichen Problem der Sprachbarriere erschweren zusätzlich unterschiedliche gesetzliche

Polizei (FH), bereits früh Kontakte zu den benachbarten Bildungsinstituten aufzubauen.

Ein Vertrag mit der Polizeiakademie in Prag zum Austausch von Studenten bestand bereits seit Mitte der neunziger Jahre. Tschechische Studenten studierten regelmäßig am sächsischen Bildungsinstitut. Sächsische Studenten wiederum weilten regelmäßig zum Zwecke der Hospitation

zwei Jahre später mit dem Prädikat „Mit Auszeichnung“ abschloss. Dies bildete die Grundlage für die Aufnahme des Beamten in die Doktorstudienprogramme der Polizeiakademien in Prag und Bratislava. Zu den Studien, die er jeweils als Fernstudent absolvierte, wurde der Beamte auf Grundlage eines Fortbildungsvertrages delegiert.

2011 beendete er das klassische juristische Fachdoktorat mit dem akademischen Grad „JUDr.“ an der Polizeiakademie in Bratislava. Die Thematik der Dissertation und der staatlichen rigorosen Doktorprüfung bezog sich auf die Fachbereiche Kriminalistik und Strafrecht.

Am 12. November 2014 wurde ihm als ersten ausländischen Absolventen des Doktorstudienprogramms an der Polizeiakademie der Tschechischen Republik in Prag der akademische Doktorgrad „Ph.D.“ verliehen. Der Schwerpunkt dieses Doktorstudiums lag im Fachgebiet des Polizeimanagements. Zum Zweck der Erstellung der Dissertation untersuchte er die strategische Entwicklung des Managements zur gegenseitigen Zusammenarbeit der Sächsischen Polizei und der Polizei Tschechiens einschließlich ihrer Einflussfaktoren und konnte so wichtige Erkenntnisse für ihre praktische Weiterentwicklung gewinnen.

Der feierlichen Promotionsveranstaltung wohnten der zu diesem Zeitpunkt amtierende Landespolizeipräsident Rainer Kann, der Polizeipräsident der Polizeidirektion Chemnitz, Uwe Reißmann, und der Polizeipräsident der Polizeidirektion Zwickau, Johannes Heinisch, sowie der Polizeipräsident der Polizei der Tschechischen Republik, Brigadegeneral Mag. Bc. Tomáš Tuhý, bei. Polizeipräsident Reißmann hatte seitens der Sächsischen Polizei das Studium von Beginn an unterstützt. Er erhielt für sein langjähriges und innovatives Engagement in der Zusammenarbeit die Ehrenplakette der tschechischen Polizei aus den Händen ihres Polizeipräsidenten.

Eine solche enge Verflechtung von praktischen und wissenschaftlichen Elementen der Zusammenarbeit zwischen zwei nationalen Polizeiorganisationen in Europa ist zweifelsohne beispielgebend im Prozess der Europäisierung, bilanziert Petermann. **red**



Übergabe der Doktorurkunde durch den Prodekan JUDr. Zdenek Kropác, Ph.D. (r.)
Foto: Polizeiakademie der Tschechischen Republik in Prag

Arbeitsgrundlagen, verschiedene Organisationsstrukturen, Organisationskulturen, politische Rahmenbedingungen oder auch stereotype Vorpolarisierungen in der Öffentlichkeit und innerhalb der Organisationen den angestrebten Kooperationsprozess.

Eine gezielte Aus- und Fortbildung der betreffenden Mitarbeiter der Polizeiorganisationen bildet die Basis für eine positive Entwicklung, sowohl auf der direkten Arbeitsebene, als auch im mittleren und höheren Polizeiführungsmanagement. Vor diesem Hintergrund begann die Sächsische Polizei, insbesondere ihre Hochschule für

oder zur Sprachausbildung am Prager Bildungsinstitut. Das Absolvieren studienrelevanter Themenkomplexe mit Prüfungen oder gesamter Studiengänge gestaltet sich schwierig, da nur ausgewählte Fächer in englischer oder deutscher Sprache angeboten werden.

Erster ausländischer Absolvent

Aufgrund seiner vorhandenen guten Sprachkenntnisse wurde Petermann, Polizeirat in der sächsischen Polizei, nach Beendigung seines hiesigen Studiums 2006 zum Masterstudium an die Polizeiakademie Prag entsandt, das er



Nur für GdP-Mitglieder:

ADVOCARD-Verkehrs- Rechtsschutz- versicherung



ADVOCARD
ANWALTS LIEBLING

Zur Absicherung u.a. als

- Kfz-Halter/-Eigentümer sowie als Fußgänger und Radfahrer
- Fahrer fremder Kfz oder als Fahrgast in öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln

Wahlweise als Single Tarif (mitversichert sind auch Ihre Kinder. Volljährige Kinder, wenn sie weder berufstätig, verheiratet oder in einer Lebenspartnerschaft leben) oder als Familien/Partner Tarif.

Schnell, unbürokratisch und flexibel – auf den ADVOCARD Rechtsschutz können Sie sich verlassen.

- Keine Selbstbeteiligung im Schadenfall • Keine Wartezeit • Notruf-Hotline aus dem Ausland und Übernahme der Dolmetscherkosten

Rufen Sie uns an, wir beantworten gerne Ihre Fragen: **OSG der Gewerkschaft der Polizei: (0211) 710 42 02**

Bitte senden an: OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, Abt. Versicherungen, Forststraße 3a, 40721 Hilden, per Fax: 0211 / 710 42 72, per E-Mail: Diana.Luehr@GdP.de

Name, Vorname	<input type="text"/>		
Straße, Haus-Nr.	<input type="text"/>		
PLZ	<input type="text"/>	Wohnort	<input type="text"/>
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	<input type="text"/>	GdP-Mitgliedsnummer	<input type="text"/>
Name, Vorname des mitversicherten Lebenspartners	<input type="text"/>	E-Mail	<input type="text"/>

Ich wünsche ab

(frühestens einen Tag nach Eingang bei der OSG)

den Verkehrs-Rechtsschutz mit Fußgänger Rechtsschutz

verwaltet durch die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH

Versicherungssumme: 1.000.000 € je Rechtsschutzfall und zusätzlich bis zu 200.000 € als Darlehen für Strafkautionen.

Single Tarif jährlich **61,90 €***
(§18 Abs. 2 u. 3 ARB 2014)

Familien/Partner Tarif jährlich **82,20 €***
(§18 Abs. 1 u. 2 ARB 2014)

Vorversicherung nein ja, bei

(bitte immer angeben) gekündigt vom Versicherungsnehmer Versicherer

Datum
(TT.MM.JJJJ)

Unterschrift

SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die OSG der Gewerkschaft der Polizei- Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 22 ZZZ 000000 67861 – widerruflich, Beiträge von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die dieses Konto betreffenden Lastschriften der OSG einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenz teilt die OSG vor der ersten Abbuchung mit.

IBAN

BIC

Kreditinstitut

Datum, Unterschrift
des Kontoinhabers

Bitte senden Sie mir ein Angebot zum Privat- und Wohnungsrechtsschutz.

* **Beiträge:** Für die Zeit vom Vertragsbeginn bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres der anteilige Jahresbeitrag, danach für jedes Kalenderjahr der volle Jahresbeitrag wie oben inkl. gesetzl. Versicherungssteuer, zzt. 19 % (Fälligkeit Februar). Die Beitragsleistung soll jeweils bei Fälligkeit erfolgen. **Vertragsdauer:** Bis zum 31. Dezember des Jahres, das dem Jahr des Vertragsbeginns folgt. Der Versicherungsvertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Versicherungsdauer schriftlich gekündigt wird. Der Vertrag zwischen dem Versicherungsnehmer und der Versicherungsgesellschaft erlischt ohne besondere Erklärung mit der Beendigung der Mitgliedschaft bei der GdP.

Geburtsfehler korrigiert

Von Thomas Gesterkamp

Mit dem Elterngeld Plus wird es für Mütter und Väter künftig attraktiver, Elterngeldbezug und Teilzeitarbeit miteinander zu verbinden.

„Krabbeln lerne ich bei Mama, laufen dann bei Papa“: Mit diesem Spruch warb die Bundesregierung 2007 für ihre Reform der Elternzeit. Das Angebot des Elterngeldes als Lohnersatzleistung und die damals neu eingeführten Partnermonate wurden ein großer Erfolg. Vor allem stieg der Anteil der Männer, die die Babypause nutzten: Waren es zuvor nur gut drei Prozent, wuchs die Zahl auf mittlerweile fast 30 Prozent. Die überraschende und in den Medien gefeierte Verzehnfachung innerhalb weniger Jahre hatte allerdings einen kleinen Haken. Denn drei Vier-

braucht. Egalitär orientierte Modelle wurden also vom Gesetzgeber abgestraft. Diesen „Geburtsfehler“ der alten Regelung soll das neue Elterngeld Plus jetzt korrigieren.

Bonus für Teilzeitarbeit

Der Basiszeitraum, in dem Mütter und Väter Leistungen beziehen können, verdoppelt sich künftig auf 24 Monate. Wenn sich beide Eltern für eine Teilzeitarbeit entscheiden, bekommen sie analog zu den bisherigen Partnermonaten als

„Partnerschaftsbonus“ noch weitere vier Monate das Elterngeld Plus ausgezahlt. Voraussetzung dafür ist, dass Mütter wie Väter in dieser Zeit parallel 25 bis 30 Wochenstunden erwerbstätig sind. Das reguläre Elterngeld wird nicht abgeschafft, sondern existiert daneben weiter: Die Paare können zwischen den beiden Varianten wählen, auch eine Kombination ist möglich. Ein

Elterngeld-Monat wird dann zu zwei Elterngeld Plus-Monaten; der Lohnersatz halbiert sich entsprechend.

Das Gesetz gilt seit Jahresanfang, allerdings mit einer Stichtagsregelung erst für Geburten ab 1. Juli 2015. Neben der Erleichterung der Teilzeitarbeit wächst auch die Flexibilität: Die Elternzeit kann künftig bis zum achten Geburtstag des Kindes genutzt werden. Dies müssen Beschäftigte dem Arbeitgeber schriftlich ankündigen, dessen Zustimmung ist jedoch nicht mehr erforderlich.

Experten und Verbände begrüßten die Initiative der Großen Koalition. „Die Benachteiligung insbesondere parallel teilzeitarbeitender Eltern war

eine zentrale Forderung“, schreibt das „Zukunftsforum Familie“ (ZFF) der Arbeiterwohlfahrt in einer Stellungnahme. Das ZFF lobt die größeren Spielräume der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer „zur Begleitung ihrer Kinder auch in späteren Phasen wie dem Schuleintritt“. Das Forum befürwortet – wie auch im Achten Familienbericht vorgeschlagen – eine mögliche Ausdehnung der Elterngeld-Nutzung „bis zum vollendeten 14. Lebensjahr des Kindes“.

Schritt zur Familienarbeitszeit

Laut einer Allensbach-Umfrage befürworten 58 Prozent der Eltern das Elterngeld Plus. Bei den Familien mit Kindern unter drei Jahren sind es sogar 67 Prozent. Mit großformatigen Anzeigen und dem Slogan „Die neue Generation Vereinbarkeit“ wirbt das Bundesfamilienministerium für die Regelung. Eine eigene Webseite wurde eingerichtet, und die scheint angesichts der kompliziert klingenden Details auch nötig. „Den Zeitraum bis zum Sommer sollten die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern verständlich darzustellen“, sagt Hans-Georg Nelles. Der Unternehmensberater, der mit seiner Firma „Väter und Karriere“ in Betrieben zu Vereinbarkeitsfragen tätig ist, sieht „auch bei den Arbeitgebern noch erheblichen Informationsbedarf“.

Für Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig ist das Elterngeld Plus ein „erster wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Familienarbeitszeit“. Spätestens in der nächsten Legislaturperiode ab 2017 will sie Voraussetzungen schaffen, die Paaren auch nach der nun länger nutzbaren Elternzeit partnerschaftlich orientierte Teilzeitarbeit zu attraktiven Bedingungen ermöglicht.



Foto: Bodo Marks / MODEL RELEASED / dpa

tel der Väter begnügten sich mit den beiden Zusatzmonaten ein Jahr nach der Geburt ihres Kindes. Sie folgten also genau dem Muster, das die Motivationskampagne des Gesetzgebers ihnen nahe gelegt hatte.

Von „Mitnahmeeffekten“ sprachen abschätzig einige Kommentatoren – weil der Geldanspruch der Familien auf die „Vätermonate“ sonst verfallen wäre. Andere Paare hingegen wählten von Anfang an eine ungewöhnliche Form der Arbeitsteilung. Kurz nach der Entbindung gingen sie gemeinsam in Elternzeit – was mit Nachteilen verbunden war. Denn durch die doppelte Inanspruchnahme war die Förderung schon nach sieben Monaten aufge-

QR-Code:
 Infoseite des Familienministeriums:
www.elterngeld-plus.de





Mit dem neuen Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an. Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!

Passend dazu:
ab sofort auf unserer
Homepage im Shop auch
eine attraktive Auswahl
von Schuhen – nicht nur für
die Freizeit – von HAFX!

Unter allen Anmeldungen
für unseren Newsletter,
die vom 01.03. - 31.03.2015
erfolgen, verlosen wir fünf

POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONS- TÜCHER

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



The screenshot shows the website's header with the logo 'POLIZEIPRAXIS' and navigation links: 'Im Einsatz – im Thema.', 'Kontakt', 'Impressum', 'Datenschutz', and 'Newsletter'. Below the header is a menu with 'STARTSEITE', 'THEMEN', 'AUSGABEN', 'PRODUKTE', and 'SERVICE'. A search bar is located on the right. The main content area features several articles:

- SCHWARZES BRETT**
 - ENFORCE TAC 2015 und IWA 2015**: Vom 04.03.15 - 05.03.15 findet die ENFORCE TAC - Fachmesse für Polizeibedarf und Militärausrüstung in Nürnberg statt...
 - Attraktive Angebote in unserer Rubrik PRODUKTE!!**: Beachten Sie auch die attraktive Auswahl von Produkten für den beruflichen und privaten Alltag...
 - Newsletter - Anmelden und gewinnen!**: Sie möchten über die neuesten Meldungen und Beiträge auf POLIZEIPRAXIS.DE informiert werden? Dann melden Sie sich noch heute für den Newsletter an!
- NEUE ARTIKEL**
 - Body-Cam-Systeme im Vergleich**: In den vergangenen Monaten hat die Zahl der versuchsweisen Ausstattung von Streifenpolizisten mit... [mehr lesen]
 - Tetra-Handfunkgerät TH9 von AIRBUS Defence & Space**: Airbus Defence and Space stellte auf der PMRExpo 2014 in Köln sein neues Tetra-Handfunkgerät TH9 vor...
 - PMRExpo 2014 Nachlese**: Auch in diesem Jahr konnte die PMRExpo als Messe für Professionellen Mobilfunk und Leitstellen vom 25.11. - 27.11.2014 in Köln einen deutlichen Zuwachs an Besuchern und Ausstellern... [mehr lesen]

At the bottom right, there is a banner for 'HAFX' shoes with the text 'Schuhe für Profis Im Job und in der Freizeit' and a 'HAFX SHOP' button. Below the banner is a 'NEWSLETTER ABONNIEREN' button.

Demokratieferne Rebellionen

Von Prof. Dr. Samuel Salzborn

Es bedarf schon eines guten Gedächtnisses, um sich alle Abkürzungen und Slogans, unter denen das rassistische und verschwörungsfantastische Milieu in den vergangenen Monaten auf die Straße gegangen ist, zu merken. Neben den HoGeSa („Hooligans gegen Salafisten“) und der Pegida („Patriotische Europäer Gegen die Islamisierung des Abendlandes“) bildeten sich lokale Ableger, die beispielsweise unter Ogida, Rogida, Kagida, Saargida, Dügida, Kögida oder Bogida operierten. Schon vor der ersten HoGeSa-Demonstration in Köln hatten sich in separaten Mahnwachen prorussische und antiamerikanische Friedensbewegte regelmäßig zu „Montagsdemonstrationen“, später dann für einen „Friedenswinter“ versammelt.

Überraschend an den Demonstrationen war weniger ihr fortwährender Etikettenwechsel, sondern die scheinbar unvorhersehbare Menge an Menschen, die daran teilgenommen hat, und deren Zahl regelmäßig in die Tausende ging. Um die Dynamik der Ereignisse einordnen zu können, sollte man aber nicht vorschnell der Marketingstrategie der Organisatoren folgen, nach der sich „ganz normale Bürger“ versammelt hätten – denn es handelte sich vielmehr um ein sehr spezifisches Spektrum von Personen, das deshalb lange Zeit politisch nicht mobilisierbar war, weil gerade sein Egoismus und sein demokratiefernes Weltbild es daran gehindert hat, öffentlich in Erscheinung zu treten. Das politische Klima und damit der Kontext, in dem sich diese Demonstrationen abspielen, hat sich aber geändert, mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist eine Partei – zumindest vorübergehend – bei Wahlen erfolgreich, die genau dasselbe Klientel anspricht und insofern dazu motiviert, von ihren Stammtischen aufzustehen und die Online-Kommentarspalten zu verlassen und sich in die tatsächliche Wirklichkeit zu wagen.

Protestmotivationen: Egoismus und Demokratieferne

Egoistisch ist der gegenwärtige Protest, weil es nicht ernsthaft um Angst vor etwas, sondern um Angst um etwas geht: um die eigenen (gefühlten) Privilegien. Diese Privilegien werden

als gefährdet wahrgenommen und verbunden mit nationalem Pathos, in dem eine Vielzahl der Demonstranten eigentlich nur deshalb Kritik an der Politik formuliert, weil diese nicht die jeweils subjektiven, höchst persönlichen Partikularinteressen durchsetzt. Diese nicht auf den wirklichen Lebensumständen, sondern lediglich auf einer falschen Selbstwahrnehmung basierende Grundhaltung zeigte sich auch in den repräsentativen Daten des ARD-Deutschlandtrends vom Januar 2015, in dem Pegida-Sympathisanten die Sicherheit ihrer persönlichen Lebensumstände generell als signifikant schlechter wahrnehmen, als der Rest der Bevölkerung.

Eine empirische Studie der TU Dresden unter Leitung von Hans Vorländer, die im Dezember und Januar bei mehreren der Pegida-Veranstaltungen erhoben wurde, zeigt, dass der „typische“ Pegida-Demonstrant aus der Mittelschicht kommt, gut ausgebildet ist und für die regionalen Verhältnisse über ein leicht überdurchschnittliches Einkommen verfügt und berufstätig ist. Überdies ist er 48 Jahre alt, männlich und religiös wie auch parteilich ungebunden. Nur ein Viertel der Befragten ist tatsächlich durch die Themenfelder „Islam, Islamismus oder Islamisierung“ motiviert. Eine explorative Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung unter Leitung von Franz Walter hat diese Erkenntnisse grundsätzlich bestätigt und darüber hinaus gezeigt, dass die politische Sympathie bei den Pegida-Anhängern in überwältigendem Maße bei der AfD liegt.

Deshalb ist die besagte Klientel auch als demokratiefern zu bezeichnen: Denn in einer Demokratie wird über Interessenkonflikte gestritten und es ist nötig, Mehrheiten zu erlangen, wenn man die eigenen Position umgesetzt sehen möchte. Mit Meckern und Nörgeln kommt man nicht weit, das ewige Lamento von „denen da oben“, die sowieso nur machten, was sie wollen, ist zugleich auch das Lamento einer extrem politikfaulen Klientel, die sich bequem darin ein-



gerichtet hat, selbst nicht politisch aktiv werden zu müssen, in Parteien, Gewerkschaften oder anderen Interessenorganisationen. Die Angebote, die auf den friedensapologetischen Verschwörungsmahnwachen und den rassistischen Pegida-Demonstrationen gemacht werden, versprechen nun aber den Teilnehmern etwas anderes. Durch ein punktuelles Engagement, „denen da oben“ einmal zu zeigen, dass „das Volk“ anders denke – das bleibt freilich eine Lüge, weil ein paar Tausend Demonstranten immer noch eine verschwindende Minderheit sind, die unbotmäßig viel mediale Aufmerksamkeit bekommt und die, mit dem Zeitpunkt, an dem die Aufmerksamkeit nachlassen wird, in ihre Verschwörungsmuster zurückfallen wird, nach denen nun eben ihre Mei-

nung wieder nicht repräsentiert sei. Den Zulauf, den die Demonstrationen zur Zeit haben, erklärt also nicht nur ihr Inhalt, sondern mehr noch ihr Kontext – die Angst vor Krieg und Terrorismus in der Bevölkerung ist groß, das Thema politisch und medial generell auch ohne Pegida sehr präsent, sodass gegenwärtig auch noch so verrückte Anliegen als weniger verrückt erscheinen, weil sie sich im Fahrwasser einer allgemeinen Besorgtheit bewegen. Dabei gibt es die Demonstrationen gegen „Überfremdung“ oder „Islamisierung“ seit Jahren und auch die antiamerikanische und prussische Stoßrichtung der deutschen Friedensbewegung war schon in den 1980er-Jahren groß. Das von Pegida verwandte Schlagwort „Islamisierung“ ist lediglich ein Vorwand, um rassistische und völ-

kische Positionen wieder öffentlich zu platzieren. Außerdem darf man nicht vergessen: die rechte Szene hat gerade in Sachsen in den vergangenen Jahren immer wieder in ähnlicher Größenordnung mobilisieren können und auch die rechtsextremen Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung in den 1990er-Jahren gingen in die Tausende, was die Teilnehmerzahlen angeht. Und allein in Dresden, dem Kristallisationspunkt der rassistischen Pegida-Bewegung, kamen NPD und AfD bei der Landtagswahl im August 2014 zusammen auf 27.861 Zweitstimmen.

Nun ist sicher richtig, dass nicht jeder, der an diesen Demonstrationen teilnimmt, ein Neonazi ist – auch wenn aus diesem Milieu stark mobilisiert



Tausende beteiligen sich an einer Demonstration unter dem Motto „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) um die Jahreswende auf dem Theaterplatz vor der Semperoper in Dresden.

Foto: Arno Burg/dpa

und teilgenommen wird. Gleichwohl zeigt sich das tatsächliche Mobilisierungspotenzial, das die rechte und antidemokratische Szene in der Bundesrepublik hat: Zusammengesetzt aus einem russlandnahen, antisemitischen und antiamerikanischen Friedensbewegungsspektrum, das sich selbst oft sogar als links versteht und einem offen rassistischen Milieu mit kriminellen Tendenzen, die sich nicht nur bei dem einschlägig vorbestraften Hauptorganisator der Pegida-Bewegung zeigen, sondern auch massenhaft im gesamten Hooligan-Milieu finden. Ein wichtiger Unterschied zwischen beiden Spektren ist allerdings ihre soziale Heterogenität: Während die antiamerikanischen Friedensdemonstrationen eine erhebliche Zugkraft auf gesellschaftlich tendenziell desintegrierte Personen ausüben, wird der rassistische Pegida-Protest getragen von sozial mehr oder weniger etablierten und situierten Personen, die um den Verlust ihres sozialen Status fürchten, ohne dass dieser wirklich bedroht wäre. Eine FoLL-Studie (Forschungsorientiertes Lehren und Lernen) an der Georg-August-Universität Göttingen konnte zeigen, dass bei den Friedensdemonstrationen ein erhebliches Moment der sozialen Integration darin besteht, dass ihre Teilnehmer – oft: erstmalig in ihrem Leben – bei der Teilnahme nicht mehr das Gefühl haben, „der Spinner“ zu sein, sondern sich mit zahlreichen Gleichgesinnten zusammenfinden und insofern ihre objektiv nach wie vor bestehende Verrücktheit nun allein dadurch, dass sie sozial geteilt wird, nicht mehr als solche empfinden und dadurch auch emotional gestärkt werden.

Das Weltbild der Verschwörungsängste

Das Moment des Verschwörungsglaubens verbindet denn auch weltanschaulich beide Flügel der aktuellen Demonstrationen: die einen glauben an eine Verschwörung internationaler Mächte, die anderen an die einer multikulturellen Gesellschaft, beide fantasieren geheime Aktivitäten von Politik und Medien, die angeblich den Protest „des Volkes“ begrenzen oder unterdrücken, wobei den Sicherheitsbehörden jeweils eine zentrale Rolle zugesprochen wird, weil sie entweder nicht (angemessen) handeln oder den Protest zu limitieren versuchen würden. Während demo-

kratische Medien als „Lügenpresse“ verunglimpft werden, nur weil sie die rassistischen Partikularinteressen eben auch als solche benennen, werden Propagandamedien wie dubiose Internetblogs oder das russische Fernsehen glorifiziert – weil sie den eigenen Wahn zur Wahrheit erklären.

Die konkreten Verschwörungsmymen werden dabei fast so schnell produziert, wie die Ereignisse stattfinden – was mit der Logik der Verschwörung zu tun hat: Sie bedarf keiner Fakten, keiner Realität, keiner Wirklichkeit außer ihrer selbst, um zu funktionieren. Es bedarf stets nur eines Anlasses, nicht einer Ursache, damit Verschwörungsfantasien formuliert werden – denn ihre jeweils eigene hermetische Wahnwelt funktioniert in ihrer Struktur ganz unabhängig von der Wirklichkeit, da sie in keiner Weise an empirische oder historische Fakten gebunden ist, sondern lediglich mit einem Fantasieweltbild korrespondiert, das jederzeit reformulierbar, jederzeit reproduzierbar und damit auch jederzeit in Variationen abrufbar ist.

Kaum ein politisches Ereignis bleibt frei von entsprechenden Verschwörungsmymen – mögen es so offensichtlich verrückte Ideen wie der Einfluss von außerirdischen Lebensformen auf die Weltpolitik sein oder auch die zahlreichen, bis ins minutiöse Detail ausfantasierten Wahnvorstellungen über die amerikanische Politik, insbesondere im Kontext mit dem internationalen Terrorismus. Selbst nach den islamistischen Terroranschlägen in Paris im Januar dauerte es nur Stunden, bis dubiose Internetblogs voll waren mit antiamerikanischen und antisemitischen Verschwörungsmymen rund um die Anschläge. Aber auch der Glaube an eine „Islamisierung des Abendlandes“ gehört zu diesen Mythen, denn sind die Migrationsprozesse in Deutschland gegenwärtig zwar wieder deutlich wahrnehmbarer, aber doch im Vergleich mit den 1990er-Jahren, wie auch mit der Aufnahme von Flüchtlingen durch andere, besonders außereuropäische Staaten, als vergleichsweise gering zu bewerten.

Verschwörungsmymen werden dabei geglaubt, nicht obwohl, sondern weil sie erfunden sind und weil sie im Widerspruch zu allen Erkenntnissen stehen, die mit der Realität korrespondieren. Deshalb wird es auch nicht möglich sein, dem Anhänger einer Verschwörungsfantasie diese individuell zu widerlegen: Er glaubt diese, weil

sie irrational ist – und jeder Beleg dieser Irrationalität wird wieder in das Wahnweltbild des großen Verschwörungsglaubens integriert. Genau deshalb bleibt die aktive Beteiligung an den gegenwärtigen Demonstrationen und Mahnwachen auch relativ konstant.

„Polizeilicher Notstand“: Armutszeugnis der Sicherheitspolitik

Bei Redaktionsschluss: Das Verbot der Pegida-Demonstration durch die Stadt Leipzig am 9. Februar bezeichnete der GdP-Bundsvorsitzende Oliver Malchow als schwerwiegenden Eingriff in das Grundrecht der Versammlungsfreiheit. „Es ist ein Skandal, dass der Personalabbau bei der Polizei dazu führt, dass sie ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann und Grundrechte eingeschränkt werden müssen. Das muss Konsequenzen haben“, sagte er. Wenn zum Schutz der für diesen Tag geplanten Demonstrationen und Gegendemonstrationen lediglich acht statt der offenbar benötigten über 30 Hundertschaften zur Verfügung stünden, sei die Sicherheitspolitik am Ende. Der GdP-Chef befürchtet, das Sachsen kein Einzelfall bleiben werde. Mangelndes Personal erschwere schon lange die erfolgreiche und zeitnahe Bekämpfung der Kriminalität und mache nun auch die Gewährleistung der Versammlungsfreiheit unmöglich. „Das kann so nicht stehenbleiben“, so Malchow. Hier müsse nun im Bund und in den Ländern endlich nachgesteuert werden. **red**

Sie gibt den Teilnehmern die Möglichkeit, in einem Weltbild, mit dem sie in ihrem normalen Leben als verrückt gelten, sozial und emotional durch die Verbindung mit anderen stabilisiert zu werden.

Dabei geht es um Fantasien von einer regredierten Welt, der Traum von einem harmonischen und widerspruchsfreien Selbst, in dem alles nur einer Logik gehorcht, nämlich der eigenen – keine Widersprüche, keine Ambivalenzen, nur Identität. Der berühmte Psychoanalytiker Sigmund Freud hat das begrifflich in der Unterscheidung von „materieller Realität“



und „psychischer Realität“ gefasst – die Verschwörungsfantasien als psychische Realität sind dabei nahezu hermetisch von der materiellen Realität abgekoppelt: als Wahnvorstellungen, die einer identitären und widerspruchsfreien Logik folgen, die nur in der Logik der jeweils eigenen Psyche funktioniert. Alles kreist um das überhöhte Selbst, das sich dem egoistischen Größenwahn hemmungslos hingibt, aus sich selbst heraus die Welt zu deuten. Nur, und das macht den aggressiven Zorn vieler Verschwörungsfantasien aus, dass die Welt sich fortwährend nicht so verhält, wie es der Verschwörungsanhänger gern hätte, dass ihm niemand glaubt, wo doch er – und nur er – es besser weiß, als alle anderen.

Strategien des Umgangs

Auch wenn verständlich ist, dass unter anderem der Bundesinnenminister sagt, man müsse die Sorgen, die die Menschen bei diesen Demonstrationen umtreiben, ernst nehmen, darf man einen Fehler nicht machen: die Demonstranten sorgen sich nicht um wirkliche politische oder gesellschaftliche Probleme, sie sorgen sich ausschließlich um sich selbst. Die Probleme und Ängste, die sie haben, mögen real sein – eine ernsthafte Grundlage und damit Berechtigung haben sie nicht. Der Fehler liegt nicht im politischen System, sondern bei den Demonstranten, genauer gesagt bei ihrer Demokratieferne. Sie haben nicht verstanden, dass Demokratie die Herrschaft des Volkes ist, bei dem Mehrheiten auf der Basis von Wahlen entscheiden – und nicht diejenigen, die glauben, sie würden den „Volkswillen“ nur deshalb vertreten, weil sie es immer wieder behaupten. Deshalb ist genau die umgekehrte Konsequenz politisch geboten: Nicht den Forderungen der Demonstranten nachzugeben, sondern ihnen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Auch diese Menschen können verstehen lernen, dass nicht ihr egoistischer Wille in der Politik umgesetzt wird, sondern das, was in langwierigen und debattenintensiven politischen Prozessen ausgehandelt wird. Demokratie ist Repräsentation – was aktuell auf die Straße getragen wird, ist nicht der Protest für mehr oder bessere Demokratie, sondern der Protest gegen die Demokratie – und dafür, dass diejenigen, die dort demonstrieren, selbst die Macht haben wollen, ihre egoistischen

Partikularinteressen als Gemeinwohl zu verkaufen. Dass das eine Lüge ist, ist jedem klar – insofern darf nicht verwechselt werden, dass der Protest auf der Straße nicht weniger ist, als ein verschwörerischer und rassistischer Protest gegen die Demokratie und ihre Organe.

als Pegida – oder mit welchen Abkürzungen auch immer – durch die Straßen ziehen: Die Formulierung von apokalyptischen, ausweglosen Szenarien, in denen scheinbar nicht mehr abgewogen und debattiert werden kann, sondern es einer entschlossenen und



Teilnehmer einer Kundgebung von „Bündnis Nazifrei“ haben sich kurz vor Weihnachten auf dem Dresdner Schlossplatz versammelt, um gegen die zeitgleich stattfindende Pegida-Demonstration zu protestieren.
Foto: Hendrik Schmidt/dpa

Wer heute als Rassist auf die Straße geht und sich gegen die Gefahren von Islamisierung und Salafismus wendet, kann sich sicher sein, dass er damit gegen ein Thema protestiert, das tatsächlich vielen Menschen Angst macht, weil der Islamismus fraglos eine massive Bedrohung der offenen Gesellschaft und der individuellen Freiheiten, wie sie die westlichen Demokratien versprechen und weitgehend garantieren, darstellt. Bisher gelingt es aber den Sicherheitsbehörden in Deutschland relativ erfolgreich, die realen Gefahren, die von radikalen Islamisten in Deutschland ausgehen, abzuwägen und gegen sie vorzugehen – was Fehler und Mängel keineswegs schönreden soll. Eine „Islamisierung des Abendlandes“ ist jedoch eine freie Erfindung, sie ist ein apokalyptisches Szenario, das die Gedankenwelt der Weimarer Republik wieder aufruft – als Oswald Spengler mit seinem zweibändigen Werk über den „Untergang des Abendlandes“ die irrationalen Ängste mobilisierte, die den Aufstieg des Nationalsozialismus ermöglichten. Und genau das ist das Ziel der Gruppen, die heute

harten Entscheidung bedürfe. Der rassistische Ruf gegen eine „Islamisierung des Abendlandes“ ist in Wahrheit der Ruf nach einer antidemokratischen und autoritären Lösung eines Problems, das nur in den Ängsten und Fantasien seiner Anhänger besteht. Das Paradoxe daran ist, die Anhänger der Pegida-Slogans sind mit ihrem autoritären und gegenaufklärerischem Weltbild gar nicht so weit vom Islamismus entfernt, sie sind Brüder im Geiste, die sich aber trotzdem bekämpfen, weil sie um einen Vorherrschaftsanspruch miteinander streiten. Insofern ist auch die alte Forderung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, nach der Menschen dort abgeholt werden müssten, wo sie stehen, im aktuellen Fall völlig falsch, denn sie stehen an einem antidemokratischen Ort, der allein schon deshalb nicht in die demokratische Debatte integriert werden kann, weil seine Kernforderungen antidemokratisch sind.

Der Autor ist Professor für Grundlagen der Sozialwissenschaften am Institut für Politikwissenschaft der Georg-August-Universität Göttingen.



EINSATZLEHRE

Grundlagen für Studium und Praxis

Von **Jürgen Zeitner**.



2. Auflage 2015

Umfang: 168 Seiten

Format: DIN A 5, Broschur

Preis: 19,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0747-5

Im fachlichen Mittelpunkt dieses Buches stehen das Einsatzmodell für den täglichen Dienst (Leitfaden 371) und der Planungs- und Entscheidungsprozess der Polizeidienstvorschrift 100 und damit die methodischen Grundlagen für die Einsatzbewältigung. Die Sachverhalte werden anhand vieler Beispiele, Grafiken und Schaubilder anschaulich erläutert. In einem abschließenden Übungsteil werden die Inhalte auf exemplarische Klausuraufgabenstellungen übertragen.

Damit richtet sich diese übersichtliche Darstellung insbesondere an die Studierenden der Studiengänge der Fachbereiche Polizei in Bund und Ländern und alle in der polizeilichen Aus- und Fortbildung tätigen Dozentinnen und Dozenten, Trainerinnen und Trainer sowie Tutorinnen und Tutoren.



DER AUTOR

Jürgen Zeitner, seit 2003 hauptamtlich Lehrender im Fach Einsatzlehre an der FHöV NRW.



Jürgen Zeitner



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de

Deutsche Kinderhilfe entwickelt erstes, deutschsprachiges Computerspiel zu Medienkompetenz

Zum Thema Medienkompetenz hat die Deutsche Kinderhilfe e.V. in Kooperation mit dem Start-Up WAZA! ein Computerspiel entwickelt, mit dem Kinder selbstständig und spielerisch die Möglichkeiten und Gefahren im Internet kennenlernen können. „Luca und ein verhängnisvoller Sommer“ erzählt die Geschichte einer Gruppe von Kindern, die im Rahmen einer spannenden Detektivgeschichte die Vor- und Nachteile von Smartphones und Laptops entdecken. Um den Lerneffekt für Kinder zu erhöhen und sie auf wesentliche Probleme hinzuweisen, wurden die möglichen Gefahren und Risiken im Spiel besonders hervorgehoben.



Foto: Schoening/dpa

In Deutschland hat das Thema Medienkompetenz heute leider immer noch nicht annähernd den Stellenwert, den er in der digitalisierten Welt haben sollte. Über 90 Prozent der 10- bis 18-Jährigen besitzen ein eigenes Handy oder Smartphone, weit über 60 Prozent einen tragbaren oder stationären Computer. Diese Zahlen belegen, dass für Kinder und Jugendliche diese Geräte zum alltäglichen Gebrauch gehören. Bereits 10-jährige Jungen und Mädchen surfen fast eine halbe Stunde pro Tag im Netz – 16- bis 18-Jährige beinahe zwei Stunden.

Dass Kinder und Jugendliche die modernen Kommunikationsmedien nutzen, ist äußerst sinnvoll. Das Internet hilft ihnen beispielsweise, sich schnell und unkompliziert über alle

Wissensbereiche zu informieren. Insbesondere zum Erledigen von schulischen Angelegenheiten wie Hausaufgaben oder Referate sind die Möglichkeiten im Internet nahezu unbegrenzt. Allerdings häufen sich auch negative Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen im Netz. Mehr als ein Drittel der 10- bis 18-Jährigen wurden bereits mit Cyber-Mobbing, Cyber-Grooming oder auch anderen Gefahren konfrontiert.

Schulfach Medienkompetenz

Die Deutsche Kinderhilfe fordert daher seit Längerem schon die Einführung eines eigenen Schulfachs Medienkompetenz. Um kompetent mit den Gefahren im Internet umgehen zu

können, bedarf es einer qualifizierten Schulung.

Das Spiel ist auf der Internetseite der Deutschen Kinderhilfe unter www.kindervertreter.de/de/projekte/bildung frei zum Download erhältlich.

Deutsche Kinderhilfe e.V.



QR-Code:

www.kindervertreter.de/de/projekte/bildung

TERMIN

Bundesweite Tauschbörse von Polizeisachen

Wann?

Sonntag, 19. April 2015, von 8 - 15 Uhr

Wo?

Liederbach bei Frankfurt am Main, Liederbachhalle

Fragen und Anmeldungen:

Harald Schmidt
Tel. 069-766875



Vernetzt – Verwandt – Verloren

Seit Edward Snowdens Enthüllungen ist klar: Informationstechnologie, insbesondere das Internet, eignet sich als Mittel nicht nur im Kampf gegen den Terror, sondern vor allem auch als Waffe im globalen Wettbewerb. Aber nicht nur Geheimdienste, sondern auch private Organisationen verfügen über die



Möglichkeiten, Rechner anzupapfen und Kommunikationsverbindungen abzuhören. Die umfassende Vernetzung unserer Lebens- und Arbeitswelt macht uns angreifbar. Jeder kann das Opfer einer solchen Attacke werden, durch die wettbewerbsrelevante Informationen gestohlen werden. Wer die Auftraggeber und Profiteure sind, welche Gefahren dabei für die Zukunft von Unternehmen drohen und wie man sich schützen kann, zeigt Thomas R. Köhler in diesem Buch.

Vernetzt, verwandt, verloren, Die unglaublichen Methoden der Wirtschaftsspionage, Thomas R. Köhler, Westend Verlag, 256 Seiten, 19,99 Euro, ISBN 978-3-86489-052-9



„Polizei – Dein Partner“ unterstützt Entwicklungshilfe in Namibia

Über einen Kollegen des Polizeipräsidentiums Köln erreichte die VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung der Spendenaufruf eines jungen Entwicklungshelfers im Freiwilligendienst der Organisation „weltwärts“. Frei nach deren Motto „Lernen durch tatkräftiges Helfen“ bat dieser um Malhefte, Bunt- und Bleistifte für seine Arbeit mit den Kindern im DRC School Project & Community Center in Namibia. Der Verlag war von dem Engagement des jungen Mannes sehr angetan und stellte bereitwillig eine Anzahl Kinderbroschüren zum Ausmalen bereit. Durch weitere private Spenden der Mitarbeiter konnte außerdem noch einiges an Mal- und Bastelmaterial hinzugefügt werden, sodass ein großes Paket Richtung Afrika abgeschickt werden konnte. Und die Malhefte von „Polizei – Dein Partner“ kommen auch in Namibia sehr gut an.

Antje Kleuker, Ina Hofius



Auch in Namibia malen die Kinder gerne und mit Begeisterung in den Malheften von „Polizei – Dein Partner“
Foto: Volkan Sazli

Kapitalmarkt

Beamtendarlehen ab 10.000 €-120.000 €
 Extra günstig vom Spezialisten
 Umschuldung: Raten bis 50% senken
 Baufinanzierungen günstig bis 120%
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
3,95% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 30.000 €, Lfz. 96 Monate, 3,95% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,88% p.a., Rate 365,- €, Gesamtkosten 34.928,25 €

www.Autokredit.center www.AK-Finanz.de

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Fax: (0621) 178180-25
 Info@AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 €, effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsicherung.

credimax
 Erfolg und Erfahrung seit über 23 Jahren!

Spezialdarlehen für Beamte und den Öffentlichen Dienst

- Kostenlose Bearbeitung
- Von 1.000 bis 120.000 €
- Auch bei schlechter Bonität
- Umschuldung – Raten bis zu 50% senken

Beamten Kredit

Kostenlos anfragen:
Tel: 033702 97 97 95
www.credimaxx.eu

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite
 Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.
 Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:
IFS Hans-Joachim Janke
 Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

ISOFORTKREDITE!
 vermittelt
PECUNIA GmbH seit 1980
Tel. 02 01/22 13 48
 Ablösung teurer Kredite u. Girokonten Kredite bis zum 80. Lebensjahr
 Ohne Auskunft bis 10.000 €.
 45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Caritas international
www.caritas-international.de
 Spendenkonto 202 753
 Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75
Diakonie Katastrophenhilfe
www.diakonie-katastrophenhilfe.de
 Spendenkonto 502 707
 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Diakonie Katastrophenhilfe
www.diakonie-katastrophenhilfe.de
 Spendenkonto 502 707
 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70



Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-040 40 41
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER
 Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt
 Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Weseko



Autofahrer gehen zu spät zum Gesundheitscheck

Der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) mahnt Autofahrer vor dem Hintergrund höherer Verkehrssicherheit zu häufigeren Gesundheitschecks. 71 Prozent der Kraftfahrer seien der Meinung, man solle einen Arzt erst aufsuchen, wenn gesundheitliche Beeinträchtigungen das Fahrvermögen bereits eingeschränkt haben. Das ergab eine Ende des Jahres veröffentlichte Erhebung der forsa Politik- und Sozialforschung GmbH im Auftrag des DVR. Bei den Befragten über 65 Jahre seien sogar 78 Prozent der Ansicht, dass ein Gesundheitscheck erst anstehe, wenn man selbst merkt, dass die Fahrfähigkeit nachlasse. Ein Verhalten, das dem DVR zufolge das Unfallrisiko im Straßenverkehr erhöht.

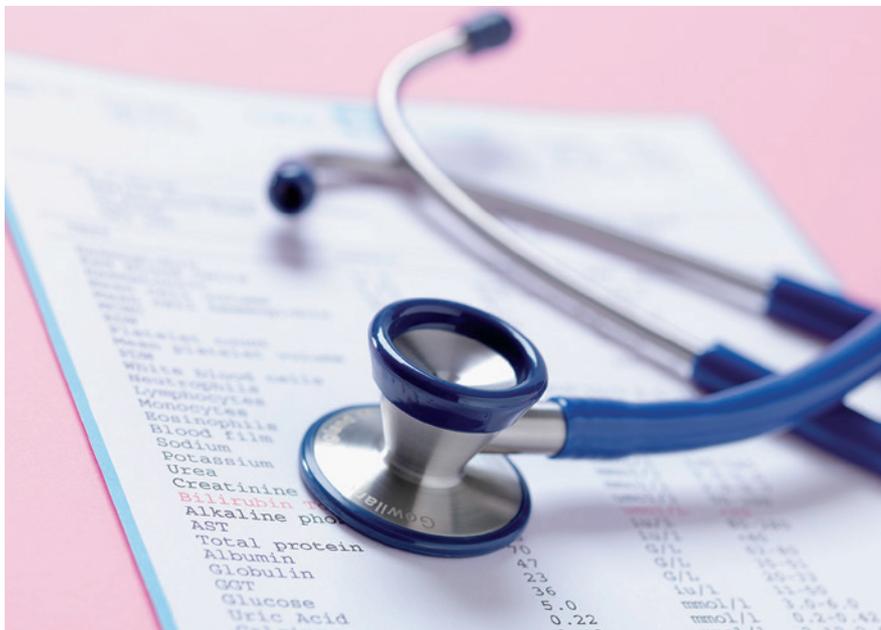


Foto: TEK IMAGE/SCIENCE PHOTO LIBRARY/dpa

Die Bonner Verkehrsexperten des DVR stellen zwar fest, sichere Mobilität sei keine Frage des Alters, sondern der Gesundheit. Jedoch zeigten repräsentative Umfragen des forsa-Meinungsforschungsinstituts, dass sich die Mehrheit (88 Prozent) der Autofahrer ab 65 Jahren zwar sicher am Steuer fühle, ihre Fahrtüchtigkeit jedoch nur selten überprüfen lasse: 85 Prozent der älteren Befragten hätten sogar laut eigener Aussage noch nie einen Gesundheitscheck zwecks Überprüfung der Fahrtüchtigkeit durchführen lassen. Bei diesem Check testet ein Arzt unter anderem Hör- und Sehvermögen, Reaktionsgeschwindigkeit und Beweglichkeit, um die Fahrtüchtigkeit zu überprüfen.

Regelmäßige Untersuchungen sollten in jedem Fall erfolgen, bevor gesundheitliche Probleme auftauchen, rät DVR-Geschäftsführerin Ute Hammer: „Viele Betroffene bemerken selbst gar nicht, dass beispielsweise das Gehör oder die Sehkraft nachlassen. Besonders am Steuer bringen sie auf diese Weise unwissentlich sich und andere in Gefahr. Ein regelmäßiger Check kann helfen, Unfälle zu vermeiden.“

Jeder zweite Bundesbürger (55 Prozent) findet es laut DVR übrigens sinnvoll, dass Autofahrer ab einem bestimmten Alter ihre Fahrtüchtigkeit prüfen lassen. Eine Einstellung, so schränkt der 1969 gegründete Verein ein, der aus mehr als 200 Mitglieds-

organisationen besteht und sich als Kompetenzträger in allen Fragen der Verkehrssicherheit darstellt, die sich offenbar mit zunehmenden Lebensjahren wandelt: 78 Prozent der 18- bis 29-Jährigen befürworteten einen Check ab einem bestimmten Alter, zum Beispiel 65. Doch nur jeder dritte Autofahrer über 60 (36 Prozent) stimme dieser Aussage zu.

Mit der „Aktion Schulterblick: Sicher mobil bis ins hohe Alter“ wollen die Verkehrsexperten auf die Notwendigkeit freiwilliger Gesundheitschecks aufmerksam machen. Mehr Informationen gibt es unter www.dvr.de/schulterblick. „Schulterblick“ wird vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) unterstützt.

DVR/mzo



QR-Code:
Die DVR-Aktion
„Schulterblick“

Anzeige

THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % %

Informieren Sie sich! % % %

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com

www.polizeifeste.de

Alle Polizeifeste
der GdP auf einen Blick!



SENIOREN

Richtigstellung

In dem Bericht „Senioren in der GdP: Unterrepräsentiert – Nachlese zum Bundeskongress“ im Februar-Heft DEUTSCHE POLIZEI (Seite 39) ist ein Fehler aufgetreten. In der abgebildeten Tabelle muss es in der Spalte Nordrhein-Westfalen bei Anteil der Mitglieder 19,5 Prozent heißen statt 9,5 Prozent. Die Redaktion bittet um Entschuldigung.

Landesbezirk/Bezirk	Delegierte Seniorenvertreter Anteil Mitglieder *		
Baden-Württemberg	17	1 (5,8 %)	18,9 %
Bayern	22	2 (9,0 %)	18,7 %
Berlin	20	3 (15,0 %)	23,5 %
Bremen	4	0 (0,0 %)	21,6 %
Bundeskriminalamt	4	1 (25,0 %)	19,7 %
Bundespolizei	31	1 (3,2 %)	7,6 %
Hamburg	5	1 (20,0 %)	32,3 %
Hessen	17	1 (5,8 %)	19,8 %
Niedersachsen	21	2 (9,5 %)	17,8 %
Nordrhein-Westfalen	55	3 (5,4 %)	19,5 %
Rheinland-Pfalz	11	1 (9,0 %)	14,1 %
Saarland	4	1 (25,0 %)	20,8 %
Schleswig-Holstein	7	0 (0,0 %)	20,2 %
Brandenburg	10	1 (10,0 %)	13,9 %
Mecklenburg-Vorpommern	4	0 (0,0 %)	12,1 %
Sachsen	10	1 (10,0 %)	15,2 %
Sachsen-Anhalt	6	1 (16,6 %)	21,8 %
Thüringen	5	0 (0,0 %)	16,5 %

*Stand: Juni 2014

Reise & Erholung



Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
 Canyoning & Raftingtour
 1x grillen am Lagerfeuer und
 2 ÜF / Pension, DU-WC
 Preis pro Person ab € 161
 Ermäßigungen f. Polizeigruppen

office@rafting-oetztal.at
 www.rafting-oetztal.at
 Telefon: 0043 5252 6721

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen
 ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 93485 Rimbach, Tel./Fax:
 0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

**Sanatorium Anders
 Bad Füssing**
 Beihilfefähig §30GewO
Niedrigster Tagessatz € 61,00
 - Arzt im Haus
 - Beh.-Preise nach Beihilfe-VO
 - Keine Wartezeit
 Rheuma, Schmerzen in Hüfte,
 Knie, Fuß oder Rücken - wir helfen
 Ihnen, Ihre Schmerzen zu lindern.
Kostenloses Prospekt:
 Tel.: 0 85 31 / 2 40 40
 www.KS-Anders.de

Berlin-Mitte, Fewo. bis 5 P., 2 Schlafz.,
 Wohnz. mit Balkon, TV, Küche, Bad,
 S-U-Bahn-Nähe, ab 40 €/Tag.
 Tel. 0 30/4 02 66 93

Mittlerer Schwarzwald
 Exkl. eingerichtete Komfort-Fewos,
 50–90 m², für 2–6 Pers., ab 40 €/Tag,
 (Inklusiv-Preise). Genießen Sie in unse-
 rem Schwarzwaldtal viele interessante
 Ausflugsmöglichkeiten (z. B. Europapark,
 Kaiserstuhl, Vogtsbauernhöfe, Triberger
 Wasserfälle) in nächster Umgebung
 und **Natur pur**. Hausprospekt unter
 Tel. 0 78 23/9 65 65, Fax 9 65 66
 Machen Sie sich ein Bild unter
www.mittelschwarzwald.de
 Sie werden begeistert sein!

Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei.
 Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl,
 HP 5 Tage ab 159,- €, Gruppenangebote an-
 fordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-
 urlaub.de

R Ü G E N
 ... in dem
Ostseebad Binz!
 2 Pers. 60,- €/Tag
 (An- u. Abreise ein Tag)
 PKW-Stellplatz kostenlos
 Tel. 01 72/9 52 25 35
 westphal.greifswald@freenet.de
 www.ichbinz.com

TIROL: ISCHGL – SEE – Paznauntal
„Wintertraum“
 Romantisch, traumhaft gelegenes,
 sehr gepflegtes 3-Sterne-Haus und eine
 der besten und größten sowie
 schneesichersten Schiregionen der Alpen
 (bis ca. 2900 m Seehöhe u.
 ca. 350 Pistenkilometer sowie garantierter
 Schibetrieb von November–Mai)
 lädt zum Verweilen ein.
 „Top-Qualität zum sehr
 günstigen Preis“
 Info: Hotel Garni Bergwelt, A-6553 See 19
 Fam. E. u. A. Walsler
 Tel. 0043-5441-8397
 E-Mail: bergwelt@anon.at
 Homepage: www.bergwelt-see.at

Fehmarn/Ostsee
 2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,
 am Südstrand,
 50 m z. Promenade, Kabel-TV
 Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de

Insel Usedom – Ostseebad Karlshagen
 www.ostseereisen-insel-usedom.de
 Tel. 0 30/7 04 05 54

MAURITIUS, LUXUSANLAGE VON PRIVAT
 Ab € 79,- p. / Tag / HP. 0 21 58-40 08 05
 www.mauritius-traumvilla.de

Kollege bietet ruhige **FEWO** für 2–3 Pers. mit Terrasse im Ahrtal/Rheinland,
 Bad Neuenahr-Ahrweiler/Lantershofen, 35,- € pro Tag +10,- € Endreinigung.
FEWO Retterath · Lambertusstr. 3 · 53501 Lantershofen · Tel. 0 26 41/2 94 03, Fax 20 70 55

SOMMERPAUSCHALE ALL IN ONE
1 Woche Halbpension & Silvrettacard ab € 345,-

Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta gratis, Frei- &
 Hallenbäder gratis, Gletschersafaris, Schmugglertour,
 gef. Wanderungen inklusive! Wellness mit Gartensauna
 neue Alpinstyle-Zimmer, gratis WLAN & Mountainbike-
 verleih. Tolles Programm f. Kinder u. Jugend Kinderer-
 mäßigungen!

NEU:
 BADESEE MIT
 FREIZEITANLAGE

SEE
 PAZNAUN-ISCHGL

POST HOTEL
 Fam. A. Handl
 A-6553 See, Au 164
 Tel. +43-5441-8219
 www.postsee.at
 info@postsee.at

ISCHGL



Top Angebot

**Action, Abenteuer
 - prickelnd anders**

1x Rafting & Canyoning
1x Grillplatte & Foto CD
2x ÜF / Pension DU-WC
pro Person nur € 149,00

CANKICK prickelnd anders
Tirol www.cankick.at
 info@cankick.at
 Tel +43(0)5252 / 20038



den Touristikorten eben einen dementsprechenden Zuschlag bekommen. Ich wünsche Euch dazu viel Erfolg.

Heinz Marschoun, Moosberg

Zu: Die Gefahr aus dem Nichts, DP 1/15

Habe mit Interesse den Artikel „Die Gefahr aus dem Nichts“ gelesen. Da ich beruflich seit mehreren Jahrzehnten mit Menschen zu tun habe, deren Verhalten aufgrund psychischer Erkrankungen, Substanzmittelmissbrauch oder akuter Stresssituationen oft ungewöhnlichen Mustern folgt und mitunter auch schwer kalkulierbar erscheint, ist mir die Gesamthematik, der sich Herr Meltzer zuwendet, bestens vertraut.

Ich bin zunächst einmal beeindruckt und erfreut, dass sich Mitarbeiter aus dem polizeilichen Dienst so intensiv mit einer solchen Problematik auseinandersetzen und über Veröffentlichungen auch andere Kollegen an ihren Gedanken teilhaben lassen. Hoffentlich lesen auch viele Polizeibeamte diese Zeitschrift. Die Darstellung der Thematik vor dem Hintergrund ganz praktischen polizeilichen Handelns ist aus meiner Sicht dem Autor sehr gut gelungen. Er gibt ausreichende fachliche Fakten als Grundinformation, ohne sich in pseudowissenschaftlichen Darstellungen zu verlieren und nimmt immer wieder Bezug auf ganz reale Situationen aus dem polizeilichen Arbeitsalltag. Ausgewogen ist auch, wie Herr Melzer die Situation beider Seiten beleuchtet – die des Polizisten/ der Polizistin im Einsatz und die des potenziellen Täters in einer akuten Konfrontation. Das ist gelungen und verständlich. Ohne Rezepte zu verteilen, ist Herr Meltzer aber mutig genug, als Zusammenfassung Verhaltenstipps zu formulieren, die im praktischen Ernstfall hilfreich sein können.

Dr. Gerd Wolter, per E-Mail



In Bezug auf die Umfrage von Dr. Kevin Dutton zu den Berufsfeldern, in denen besonders häufig Psychopathen arbeiten, hat Kollege Meltzer doch klammheimlich die „Polizisten“ unterschlagen, die sich ebenfalls unter den Top 10 befinden.

Zudem wird in diesem Artikel und dem folgenden „Der Mythos vom gefährlichen Irren“ mal wieder die Pa-

nik verbreitet, dass psychische Krankheiten zunehmen. Man kann aber davon ausgehen, dass diese Krankheiten seit den letzten hundert Jahren nur besser dokumentiert werden. Was zum Beispiel früher bei Frauen allgemein als „Hysterie“ bezeichnet wurde, könnte heute unter anderem als Depression diagnostiziert werden. Zudem sind die Akzeptanz, zum Arzt zu gehen, und die medizinische Diagnostik und Versorgung natürlich besser und breiter geworden. Die Krankschreibungen wegen psychischer Krankheiten sind laut Krankenkassen seit letztem Jahr übrigens wieder rückläufig. Panikmache ist also überflüssig.

C. Vogt, Memmingen

Zu: Zu zeigen, was eigentlich gewesen ist, DP 12/14

Der Artikel des Dr. Gintzel hat mich erschrocken gemacht, versucht er doch, die personelle Kontinuität vieler Angehöriger der NS-Polizei in die Polizei der westlichen Besatzungszonen und später der Bundesrepublik abzuschwächen. Und das vor dem Hintergrund des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz.

Das beginnt schon in der Einleitung mit dem lateinischen Spruch „Das ist (das Nazi-Eliten nach dem Krieg in der Polizei untergekommen sind) cum grano salis richtig. Es liegt nicht nur ein Körnchen Wahrheit in der Behauptung, dass sehr viele Nazi-Eliten, auch solche die Blut an den Fingern hatten, wieder in den Polizeidienst eingegliedert wurden, sicher auch in NRW und Niedersachsen.

Es gab vor einiger Zeit einen auf Forschungsergebnissen beruhenden Artikel in DEUTSCHE POLIZEI, in dem der Verfasser Namen und Anschriften nannte. Und nun auf einmal ein solcher Artikel. Es ist doch wohl nicht die Hauptsache, ob es zwischen den Judenmorden durch die Polizeibataillone und der militärischen Ausbildung in der Polizei der BRD der Nachkriegszeit eine ungebrochene Kontinuität gab oder nicht. Wichtig und vielsagend für den Umgang mit den NS-Verbrechen in der Bundesrepublik sowie für die Aufarbeitung der NS-Untaten ist doch die Tatsache, dass man den Tätern wieder Zugang zum Polizeidienst ermöglichte, sie teilweise an ihrem alten Schreibtisch wieder saßen. Ihnen ih-

re Pensionsansprüche durch Art. 131 GG sicherte und garantierte und es insgesamt zuließ, dass sie mit ihrer ideologischen und geistigen Haltung junge Polizisten eines demokratischen Rechtsstaates ausbildeten. Aus NS-Straftätern waren über Nacht lupenreine Demokraten und glühende Verfechter des Rechts geworden. Wie die sogenannte Entnazifizierungsverfahren abliefen und mit welchen Ergebnissen ist doch hinreichend bekannt.

„Kein im Dienst verbliebener Beamter hatte eine Möglichkeit, im Sinne der Nazi-Ideologie zu wirken“. Den Wahrheitsgehalt dieses Satzes und auch des nächsten bezweifle ich sehr. Das ist so lapidar dahingeschrieben. Beispiele nennt der Autor nicht. Auch nach dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz der BRD wurden aus den Reihen der DDR-Grenztruppen Personen in den Dienst des BGS übernommen. So auch ich.

Angehörige der DDR-Grenztruppen aber, denen man nachweisen konnte, dass sie eine Festnahme hatten, die Schusswaffe angewandt hatten, um einen Grenzübertritt zu verhindern, wurden von vornherein als ungeeignet ausgeschlossen. Es wurden Erklärungen abverlangt, dass man nie mit dem MfS zusammengearbeitet hatte. Das wurde über Jahre hinweg pingelig anhand von Akten nachgeprüft und mancher wurde nach Jahren aus dem Beamtenverhältnis entlassen, weil man noch etwas gefunden hatte. Und selbst heute nach 25 Jahren kann der Rauswurf erfolgen, wenn noch etwas ans Tageslicht kommt.

Nun bin ich indessen pensioniert und 70 Jahre alt. Mit der Vollendung des 65. Lebensjahres und dem damit einhergehenden Anspruch auf Altersrente wurde ich plötzlich auf die amtsunabhängige Mindestversorgung herabgestuft und sämtliche Rechtsmittel bis hin zum Gang der GdP vor das Bundesverfassungsgericht änderten daran nichts. Der Paragraph 12a Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) machte es möglich. Für NS-Täter Artikel 131 Grundgesetz (GG), für mich und viele andere Unbescholtene bleibt nur Paragraph 12a BeamtVG.

Das ist auch ein Grund dafür, warum ich am Artikel des Herrn Dr. Gintzel starken Anstoß nehme. Weil Recht doch auch immer etwas mich Gerechtigkeit zu tun hat. Und Gerechtigkeit kann man nicht einmal so und einmal so verstehen. Sollte man meinen.

Peter Spindler, Kreisgruppe Pirna



Zu: Massiver Angriff Linksautonomer auf Leipziger Polizeiwache, DP 2/15

Ich bin seit 2002 aus dem aktiven Dienst ausgeschieden, verfolge das politische Geschehen in Deutschland jedoch intensiv. Verwunderung betraf mich, als ich die Zusammensetzung der Organisatoren von Demonstrationen in Deutschland erkannte. Parteien, Gewerkschaften und Kirchen rufen zu Demonstrationen für ein weltoffenes Deutschland auf. Hierbei werden linksautonome/linksradikale Organe (zum Beispiel: Antifa) in der Masse der Teilnehmer geduldet. Wer diese demokratiefeindlichen Organisationen unterstützt, sie in den eigenen Reihen duldet, legalisiert die Gewalt und gibt ihren Auswüchsen Unterstützung.

Die GdP sollte diese Unterstützung im DGB überdenken, da gewalttätige Aktionen von den Kollegen im Einsatz

hingenommen werden müssen und es immer mehr zur Verletzung der körperlichen Unversehrtheit der eingesetzten Beamten kommt.

Gerd Splithoff, Alzenau

Zu: GdP: Lehren aus Terrorakten von Paris ziehen, DP 2/15

Die Morde von Paris haben wohl niemanden unberührt gelassen. Weltweit haben Menschen die Terrorakte als erschütternd und menschenverachtend geächtet. Der Ruf nach Verschärfung der Strafvorschriften, Neuauflage zum Beispiel der Vorratsdatenspeicherung und Erweiterung weiterer staatlicher Befugnisse wird erneut laut. „... wir beten jeden Tag, dass uns keiner (Anm.: des islamistisch-terroristischen Personenpotenzials) durch die Lappen geht ...“ (Oliver Malchow). Auch wenn das sogenannte christliche Abendland

längst nicht mehr uneingeschränkt zu diesen Werten steht, möchte ich eine Lanze brechen für eine Beziehung zu Gott und seiner Schöpfung. Nicht zuletzt in einer überstandenen Krebserkrankung im Jahr 2012 habe ich erfahren, dass die Gebete meines Umfelds eine starke Kraft entfalten, dass sie durchtragen und Gottes Eingreifen bewirken. Die Bibel – durchaus kein verstaubter alter Schmöker sondern hochaktuell – ist im besten Sinne eine Gebrauchsanleitung fürs Leben.

Das „Neue Testament für Polizeibedienstete“ ist eine gute Möglichkeit, sich dem Wort Gottes (wieder) zu nähern. Es ist kostenlos erhältlich bei der Christlichen Polizeivereinigung e.V. (www.cpv-online.org) und enthält neben dem kompletten Bibeltext des Neuen Testaments (NT) und den Psalmen des Alten Testaments (AT) viele Lebensberichte und praktische Hilfen.

Ich bete gerne, weil ich weiß, dass Gott mich hört und sich zur Hilfe bewegen lässt.

Gerald J. Wick, Plön

Anzeige

Guthabenverzinsung auf der GdP-VISA-Card 0,90 % p. a.*



- kostenfreies Internet-Konto DKB-Cash
- weltweit kostenfrei Bargeld abheben an Geldautomaten

mit der GdP-VISA-Card
mit der GdP-VISA-Card

*variabel, monatliche Zinsgutschrift, Zinssatz von 0,90% p.a. gilt für einen Betrag bis 300.000 €. Bei einem diesen Betrag übersteigenden Guthaben wird der Anteil über 300.000 € mit 0,50 % p.a. verzinst.

Zu beantragen unter www.gdp.de/kreditkarte



Zu: Die Politik kann sich nicht mehr zurückziehen, DP 2/15

Mit Interesse habe ich den Kommentar „Die Politik kann sich nicht mehr zurückziehen“ in der DP-Februarausgabe gelesen. Ich begrüße es, dass sich die GdP unermüdlich für den Schutz unserer Polizeivollzugsbeamten (PVB) einsetzt und politische Debatten anregt. Zum Ende meines Bachelorstudiums 2011 (Direkteinstieg) habe ich meine Thesis zu dem Thema „Strafrechtlicher Schutz für Polizeivollzugsbeamte gegen Angriffe im täglichen Dienst (...)“ geschrieben. Ich bin in der Ausarbeitung unter anderem zu dem Ziel gekommen, dass eine Strafmaßerhöhung des Paragraphen 113 Strafgesetzbuch (StGB) auf fünf Jahre oder Geldstrafe sowie die Erweiterung auf sämtliche Diensthandlungen (auch ohne Vollstreckungshandlung) einen geeigneten Schutz für unsere PVB darstellt.

Ich habe jedoch nach Aufnahme meines Dienstes als Streifenbeamter

und später als Bereitschaftspolizist erkennen müssen, dass im Grunde genommen sämtliche Vorschläge über Straftatbestandserweiterung oder -einführung (wie der von der GdP geforderte Paragraph 115 StGB) so lange unwirksam sind, so lange die Judikative die zur Verfügung stehenden Strafandrohungen nicht konsequent ausschöpft.

Bereits drei Tage nach Dienstantritt als Streifenbeamter in Recklinghausen musste ich am eigenen Leibe erleben, wie schnell man Opfer eines Angriffs während einer polizeilichen Maßnahme werden kann. Die Gerichtsverhandlung (deren späte Terminierungen bekanntlich nicht dem Motto „Die Strafe folgt auf dem Fuße“ entsprechen; auch dies stellt ein Problem dar) war für mich der Grund, warum ich seitdem in den meisten Fällen bereits vor der Urteilsverkündung den Saal verlasse, um für mich selbst den Sinn meiner Arbeit nicht aus den Augen zu verlieren. Die Geldstrafe, die verhängt wurde, lag unter dem Bußgeld für einen Rotlichtverstoß.

Meines Erachtens kann die GdP

als größter Vertreter der Interessen aller PVB einen erheblichen Einfluss auf Politik und Gesellschaft haben. Dieser schlägt jedoch dann fehl, wenn Forderungen wie die Einführung des Paragraphen 115 StGB gestellt werden, die aus meiner Sicht den Schutz unserer PVB keineswegs erhöhen würden. Denn nicht die Strafandrohung, sondern nur die konsequente und ausnahmslose Verurteilung der Täter erzielt auf Dauer eine präventive Wirkung und stellt eine Möglichkeit dar, die Angriffe auf die PVB zu senken.

Für eine Berufsausübung mit anhaltender Motivation und Arbeitszufriedenheit ist eine Sache von grundlegender Bedeutung: Der Erfolg. Und dieser besteht für alle Polizeibeamte, ob im Streifen- oder im Ermittlungsdienst, in der im Verhältnis zur Tat angemessenen Verurteilung des Täters durch die Gerichte.

Genau hierfür können und sollten Sie sich als GdP durch Einflussnahme in politische und gesellschaftliche Debatten einsetzen.

**Eberhard-Matthias Groeger,
Recklinghausen**

TERMIN

Offenes Motorradtreffen für nicht organisierte Biker/Polizei/Justiz/ Zoll und Angehörige in Uslar-Fürstenthagen bei Göttingen

Zum wiederholten Male findet in der Nähe von Göttingen ein Motorradtreffen für Biker statt. Die Unterbringung erfolgt im Landgasthof Zur Linde in Einzel- und Doppelzimmer mit Halbpension. An Programm sind Benzingsprache, gemütliches Beisammensein, Erfahrungsaustausch und Ausfahrten geplant.

Ausfahrten:

- Kassel, Melsungen, Hohe Meissner, Hann. Münden
- Einbeck, Steinhuder Meer
- Seesen, Goslar/Harz, Bad Gandersheim
- Duderstadt, Kyffhäuser, Mühlhausen

Die Veranstaltung findet in Zusammenarbeit mit den Blue Knights (motorradfahrende Polizeibeamten) und der IPA statt. Zur Erinnerung wird ein Pin überreicht.

Termin:

Freitag bis Sonntag, 31. Juli bis 2. August 2015

Anmeldeschluss: 20.6.2015

Eventuelle anfallende Gewinne werden dem Kinderheim in Reinhardshagen gespendet.

Anmeldungen und weitere Infos unter detlef.schoene@polizei.hessen.de oder detlefschoene@freenet.de oder Telefon 0160 - 66 545 14

Über eine rege Teilnahme würde sich das Orgateam sehr freuen.

Detlef Schöne



Foto: Schöne



Antwort auf die Kritik von Dr. Schulte

Dr. Schulte ist ein ausgewiesener und von mir geschätzter Fachmann. Ich habe mich nicht selten auf ihn berufen. Seine Veröffentlichungen sind gut recherchiert und dokumentiert. Dr. Schulte kritisiert zwei von fünf Vorbemerkungen eines Artikels, den ich 2013 in der Zeitschrift DIE POLIZEI (Seite 299 ff.) veröffentlicht habe und der im Dezemberheft DEUTSCHE POLIZEI nachgedruckt wurde. Ich will auf die vielen Einzelheiten, soweit die Kritik auf Vermutungen oder Irrtümern beruht, nicht eingehen. Ich möchte mit einem eigenen Kommentar antworten. So hat der Leser die Möglichkeit zum Vergleich und eine Grundlage dafür, sich ein eigenes Urteil zu bilden.

Im Frühjahr 2013 wurde ich vom „Förderkreis der Polizeigeschichtlichen Sammlung Niedersachsen e. V.“ gebeten, das Buch „Polizeigeschichte miterlebt“ zu besprechen, was ich auch getan habe (s. DIE POLIZEI 2013, S. 212). Das Buch enthält die Berichte von 37 Zeitzeugen, die übereinstimmend den Unsinn militärischer Ausbildung von Polizeianwärtern verdeutlichen. Auch ich bin ein Gegner einer solchen militärischen Ausbildung und entschloss mich, einen Artikel zu schreiben. Ich wollte zeigen, dass die Rollenorientierung junger Polizeibeamter durch Militärs in Nordrhein-Westfalen dieselben negativen Auswirkungen gehabt hat wie in Niedersachsen; ein von Militärs vermitteltes Rollenverständnis der Polizei nicht verfassungsgemäß ist, weil es militärische Problemlösungskompetenz vermittelt; die Zeit des Neubeginns (1945 bis 1950) von der Polizeiforschung vernachlässigt wird und Behauptungen ungebrochener Kontinuitäten, die auf einer Arbeitstagung des BKA aufgestellt wurden, abwegig sind.

Meinem Artikel hatte ich unter anderem die folgenden Vorbemerkungen vorangestellt, von denen ich hier drei kommentiere. Die Aussagen, die Gegenstand der Kritik sind, sind Aussagen Dritter.

1. In einer 2013 vom ZDF ausgestrahlten Trilogie „Unsere Mütter unsere Väter“ wird im Nachspann zum 3. Teil (sicher nach der Konsultation eines Historikers) darauf hingewiesen, dass Nazi-Eliten nach dem Krieg auch in der Polizei untergekommen sind. Das ist sicher nicht ohne Konsultation eines Historikers erfolgt.

Mein Kommentar: Das ist cum grano salis richtig, vermittelt aber ein Bild, das mit tatsächlichen Geschehnissen nicht im Einklang steht. Fraglich ist: Welche NS-Eliten wurden übernommen? Es waren NS-Eliten, die der ehemaligen

Wehrmacht oder der Waffen-SS angehörten. Es waren Personen, die nur formal Polizeibeamte waren. Um das zu verstehen, muss man wissen: Hitler wollte 1933 die Allgemeine Wehrpflicht einführen, wurde aber von den damaligen Militärs darauf hingewiesen; dass das nicht möglich sei, weil es an der erforderlichen Zahl von Offizieren und Unteroffizieren mangle. Deshalb wurden, um nicht gegen den Versailler Vertrag zu verstoßen, die künftigen Offiziere und Unteroffiziere der Wehrmacht in Polizeischulen ausgebildet. Die Auszubildenden wurden formal als Polizeibeamte geführt. Sie erhielten auch eine entsprechende Urkunde. Erst 1935 wurden sie per Gesetz in die Wehrmacht überführt. (vgl. Gesetz vom 3. Juli 1935 RGBl. I, S. 851). Diese Militärs waren nach 1945 nicht mehr gefragt. Das änderte sich erst nach 1951. Das Gesetz zum Art. 131 GG vom 11.5.1951 (BGBl. I, S. 307) war Grundlage dafür, diese Militärs zu Polizeibeamten zu machen. Sie hatten aus dem Jahr 1933 eine Urkunde, die sie als Polizeibeamte auswies, obwohl sie es nie waren.

Der Vollständigkeit halber sei noch darauf hingewiesen, dass zu dieser Gruppe auch einige ehemalige, aus dem Dienst entfernte Polizeibeamte (insbesondere Kriminalbeamte) gehörten. Auch sie haben vom Gesetz zum Art 131 GG profitiert.

Festzuhalten ist: Die Übernahme dieser NS-Eliten erfolgte erst nach Verabschiedung des Gesetzes zum Art. 131 GG, also erst sechs Jahre nach Kriegschluss. Eine ungebrochene personelle Kontinuität zum NS-Staat gab es nicht. Der Hinweis ist also so zu verstehen, dass NS-Militär-Eliten und reaktivierte Polizeibeamte nach 1951 in der Polizei untergekommen sind.

2. Historiker stützen ihre Forschungsergebnisse in der Regel auf schriftliche

Quellen. Sie schaffen dadurch eine neue Quelle, auf die sich dann andere berufen. Stützt sich die erste Quelle nur auf eine Vermutung, so wird im Laufe der Zeit der Inhalt der Ausgangsquelle nicht mehr in Frage gestellt und so zur Gewissheit. Zu einer solchen Gewissheit droht die Behauptung zu werden, „zwischen Judenmorden durch Polizeibataillone und der militärischen Ausbildung in der Polizeischule der Nachkriegszeit“ gab es eine ungebrochene Kontinuität (Polizeigeschichte miterlebt S. 138)“.

Mein Kommentar: In dem Buch „Polizeigeschichte miterlebt“ berichtet der ehemalige Präsident des BKA, Dr. Boge; als Zeitzeuge über seine Erfahrungen im Polizeidienst (S. 129 bis 140), unter anderem auch über eine Arbeitstagung des BKA. Die 2. Vorbemerkung ist eine Reaktion auf den folgenden Bericht von Dr. Boge: „Mich trifft persönlich, wenn ein Leitender Regierungsdirektor aus Niedersachsen anlässlich dieser Vortragsveranstaltung erklärte, dass zwischen den Judenmorden durch Polizeibataillone und der Ausbildung von Dienstanfängern eine ungebrochene Kontinuität in der Polizeischule der Nachkriegszeit bestanden habe. Es war unerträglich, hören zu müssen, dass man als Ausbilder nie begriffen habe, was demokratischer Verfassungsstaat, was Grundrechte sind, was die Würde des Menschen bedeutet.“

Ich war von dieser Behauptung nicht minder betroffen, war ich doch selbst zehn Jahre als Lehrer tätig. Ich habe in dieser Zeit viele Kollegen kennengelernt, aber keinen, dessen Tätigkeit auch nur entfernt diese ungeheuerliche Behauptung rechtfertigen könnte. Meine Betroffenheit musste ich in dem Artikel ausdrücken. Sie war in einer Vorbemerkung nicht zu thematisieren. In der Vorbemerkung wollte ich lediglich zeigen, wie eine nicht abgesicherte Aussage durch Wiederholung sich so verfestigt, dass sie auf einer sehr hohen Ebene (BKA-Tagung) als Tatsache behauptet werden kann.

3. Die Geschichte der Nachkriegspolizei wird vorwiegend von Hobbyhistorikern bearbeitet. (Reinhard Scholzen, DIE POLIZEI, 2010, S. 30). Sie lassen entweder mit Fleiß weg, was nicht ins Bild passt, oder sie unterstellen, die Nachkriegspolizei habe an die institutionellen Strukturen des NS-Regimes



angeknüpft. Von einer Behandlung des Themas, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügt, kann daher nicht die Rede sein. (Reinhard Scholzen, a.a.O., S. 301).

Mein Kommentar: Zu dieser Vorbemerkung veranlasste mich das folgende Zitat vom Zeitzeugen Dr. Boge (Polizeigeschichte miterlebt, S.138): „Ich kann als Zeitzeuge feststellen, dass das mit der These von der Restauration verknüpfte generelle Monitum, dass bei der westdeutschen Nachkriegspolizei an die institutionellen Strukturen von vor 1945 angeknüpft worden sei, inklusive einer unzureichenden rechtsstaatlichen Bindung der Polizei, in dieser Form nicht aufrechterhalten werden kann“. Weil ich diese Auffassung Boges teile, habe ich die 3. Vorbemerkung meinem Artikel vorangestellt. Die Behauptung, an die institutionellen Strukturen aus der Zeit vor 1945 sei angeknüpft worden, indiziert bewusstes Ausblenden tatsächlicher Ereignisse. Dieser Referent blendete bewusst aus, dass die omnipotenten Polizeibehörden des NS-Regimes aufgelöst wurden, dass die Polizei dezentralisiert, denazifiziert und demilitarisiert wurde und dass es einen Neuanfang mit einer kommunalen Polizei gab. Auch die Behauptung, die militärische Ausbildung in den Polizeischulen der Nachkriegszeit knüpfte an Strukturen des NS-Regimes an und beweise eine ungebrochene Kontinuität zum NS-Regime, indiziert Unkenntnis.

Die militärische Ausbildung der Polizei ist keine Erfindung der Nazis. Es gab vielmehr eine Übersprungrestauration zum vermeintlichen unbelasteten Polizeibild der Weimarer Republik, und zwar unter Ausparung des Leitbildes und der Rolle der Polizei im NS-Staat. Es gab eine Übernahme tradierter Polizeiausbildung und Sozialisation durch Kasernierung, Drill, Einübung unbedingten Gehorsams und Zusammenhalt in Kameradschaften. Polizeihauptmann Palm hat in seiner Dissertation (Die Polizeischule, Bonn 1934) das Ausbildungskonzept während der Weimarer Zeit verdeutlicht. Er zeigt, dass für die Ausbildung Armeeeoffiziere aus dem Kaiserreich verantwortlich waren, dass Härte, Disziplin und Treue als positive Eigenschaften des anzustrebenden Männlichkeitsbilds Ziel der Ausbildung war.

Die NS-Militär-Eliten, die nach 1951 in den Polizeischulen und in der Bereitschaftspolizei Berufsanfänger militärisch ausbildeten, wurden 1933 von

diesen Offizieren des Kaiserreiches ausgebildet.

Schließlich weist Dr. Schulte darauf hin, dass es einen Unterschied zwischen Geschichten (von Zeitzeugen) und Geschichte gibt. Dem stimme ich zu. Den Vorwurf, Legenden zu verbreiten, weise ich aber zurück. Ich möchte deshalb einige Aussagen von Dr. Schulte aus meinem Artikel ergänzen.

1. „Alle Beamten mussten sich, gleich welcher Gruppe sie zuzuordnen sind, einem Entnazifizierungsverfahren stellen. Das Verfahren erfolgte unter Aufsicht und Kontrolle eines Superior Public Officer (PSO).“

Dr. Schulte verortet diese Aussage in eine Zeit nach 1951, in der es die beschriebenen Entnazifizierungsausschüsse nicht mehr gab. Er macht damit meine Darstellung zur Falschbeschreibung. Nicht bewusst dürfte Dr. Schulte sein, dass die Mitglieder und Vorsitzenden der in meinem Artikel erwähnten Entnazifizierungsausschüsse überwiegend Opfer des NS-Regimes waren. Sie hatten keine Veranlassung, NS-Eliten zu begünstigen.

2. Dr. Schulte behauptet, mit der Darstellung des personellen Neuanfangs lenke ich von den Forschungsergebnissen der aktuellen Forschung ab, und verbreite eine Legende, um von den umfangreichen personellen Kontinuitäten abzulenken. Zum Beweis weist er auf die einflussreichen Positionen von NS-Eliten (Zirpins, Dickopf etc.) hin, mit der die Westdeutsche Polizei nach 1951 durchsetzt war. Er blendet aus, dass ich den Zeitraum von 1945 bis 1950 beschreibe, bezichtigt mich, penetranter Empörung, und führt zum Beweis jene NS-Eliten an, die auf Grund des Gesetzes zum Art. 131 GG erst nach 1951 in der Bundesrepublik wieder Einfluss hatten.

Dr. Schulte verortet die Aussagen zum Neubeginn in meinem Artikel, wie schon bei der Kritik zur Entnazifizierung – in die Zeit nach 1951, für die sie nicht mehr stimmen. Ich habe zu keiner Zeit bestritten, dass die Polizei in der Bundesrepublik mit den genannten NS-Polizisten, Zirpins, Dickopf, Krause und andere durchsetzt war. Ich habe auch nie die richtigen Ergebnisse der Polizeiforschung in Frage gestellt. Ich bemängelte, dass mir Zitate unterstellt werden, die nicht von mir stammen und deren Inhalt ich widerlege.

Meines Erachtens dient es auch nicht der Wissenschaft, meine Ausführungen zum Neubeginn auszublenden. Verletzend ist es, wenn der Eindruck erweckt

wird, dass junge Polizeibeamte, die in der Zeit des Neubeginns bemüht waren, dem Rollenverständnis „bürger-nahe Polizei“ gerecht zu werden, in die Gruppe von „NS-Eliten“, wie Zirpins, Dickopf etc. eingereiht werden. Das ist der Fall, wenn man von einer ungebrochenen personellen Kontinuität zum NS-Staat spricht.

3. Ich zeige in verkürzter Form im dritten Teil meines Artikels, dass allein die GdP an dem von Wolzendorf konzipierten Berufsbild einer bürgernahen Polizei festgehalten hat. Sie war von dem bürgernahen Berufsbild so überzeugt, dass die Geschichte der GdP als ein Kampf für die Realisierung dieses Berufsbildes interpretiert werden kann.

Allein die GdP hat in den 1950er- und 1960er-Jahren gegen die Militarisierung der Polizei heftig protestiert. Sie hat mittels zweier Rechtsgutachten dafür gesorgt, dass die Polizei keinen Kombattantenstatus erhält. Sie hat durch ständige Proteste den Wahlbürger überzeugt, dass Maschinengewehre, Handgranaten und Granatwerfer keine Polizeiwaffen sind und so die Politik veranlasst, diese Waffen abzuschaffen. Werner Kuhlmann, der Vorsitzende der GdP, hat in unzähligen Reden im Parlament und in der Öffentlichkeit auf die Gefahren militärischer Ausbildung hingewiesen. Die GdP hat mit der Denkschrift „Gebremste Polizei“ den Nachweis geführt, dass eine bürgernahe Polizei nur in einer zweigeteilten Laufbahn zu organisieren ist und daher einer Ausbildung auf einer Fachhochschule bedarf. Die GdP hat mehr als 20 Jahre dafür gekämpft, dass das Rollenverständnis einer bürgernahen Polizei in einem Gutachten zum Berufsbild der Polizei festgeschrieben wird. Es wurde aber ein Gutachten im Sinne der Politiker. Die Polizei war nach diesem Gutachten ein Militärberuf. Ein Umdenken der Politiker fand erst statt, als Dr. Herbert Schnoor Innenminister wurde. Er ließ sich von den Argumenten der GdP überzeugen, erkannte, dass die Saarbrücker Gutachter das Berufsbild der Polizei der 1920er-Jahre beschrieben haben und setzte die von der GdP angeregten Reformen durch.

Meine Hinweise auf Forschungsdefizite sollten die Verdienste der Forschungsgruppe an der DHPol nicht schmälern.

Dr. Kurt Gintzel





Ziele gemeinsam erreichen

Christoph Möhring über die alljährliche Klausur des Geschäftsführenden Bundesjugendvorstandes

Das Jahr der Kongresse ist vorüber und nach zahlreichen Debatten und Beschlüssen sind inzwischen auch die letzten Arbeitsaufträge für die bevorstehende Amtsperiode verteilt. Die Sitzung fand im Januar in Lindow, in der Landessportschule Brandenburg vor den Toren Berlins statt, die nicht nur jedes Sportlerherz höher schlagen lässt, sondern auch dem Gremium allerbeste Bedingungen für einen erfolgreichen Sitzungsverlauf bot. Inhaltlich setzte sich das Gremium zu allererst mit der Nachbereitung des im November stattgefundenen GdP-Bundeskongresses auseinander. Die intensive

beit mit der DGB-Jugend und die Ausgestaltung der diesjährigen bundesweiten JUNGE-GRUPPE-(GdP)-Seminare auf der Tagesordnung. Rückblickend auf das Programm 2014 ist man mit den Themen Islamismus, Jugendgewalt und Extremismus auf breites Interesse innerhalb der Mitgliedschaft gestoßen. Die Seminare waren allesamt ausgebucht und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bescheinigten den angebotenen Inhalten regelmäßig eine ausgezeichnete Qualität. Zudem wurde im Rahmen der Klausur bereits einzelnen Kongressbeschlüssen der Bundesjugendkonferenz Rechnung getragen und zum

Beispiel die Weiterführung der äußerst erfolgreichen Kampagne der JUNGEN GRUPPE (GdP) „Auch Mensch – Polizei im Spannungsfeld“ zeitlich festgehalten. Weiterhin waren die inhaltliche und planerische Gestaltung der Zentralen Arbeitstagung zum Thema „Polizei der Zukunft – Tendenzen, Herausforderungen

und Perspektiven“ vom 13. bis 15. April in Berlin, des Deutschen Evangelischen Kirchentages vom 4. bis 6. Juni in Stuttgart und des am 6. und 7. Juni im bayerischen Elmau stattfindenden G7-Gipfels – eine der größten Einsatzlagen der deutschen Polizeigeschichte – wichtige Themen der Klausur. Anknüpfend an die Castor-Einsatzbetreuung der Jahre 2010 und 2011 wird sich die JUNGE GRUPPE (GdP) auch an der G7-Gipfel-Einsatzbetreuung beteiligen und den Landesbezirk Bayern bei der Betreuung der eingesetzten Kräfte tatkräftig unterstützen. Wer also Interesse hat, vor Ort mitzuwirken, wendet sich per E-Mail an torsten.rohde@gdp.de.

Darüber hinaus wurde für 2017 bereits

ein Treffen der Jugendorganisationen der Polizeigewerkschaften auf europäischer Ebene ins Auge gefasst. Die Planungen hierzu werden Ende dieses Jahres in einer noch zu bildenden Arbeitsgruppe Europa aufgenommen.

Wie bereits in den Vorjahren, so hat es sich auch dieses Mal wieder bestätigt, dass das traditionelle Steckenpferd der alljährlichen Klausur des Geschäftsführenden Bundesjugendvorstandes – die frühzeitige Jahresplanung – für die erfolgreiche Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben unerlässlich ist und auch dem hierfür eingeräumten Zeitansatz mehrerer bis zum Teil in den späten Abend hineinragender Sitzungsstunden bedarf.

Am Abend des zweiten Sitzungstages gab es im Rahmen einer gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung eine Diskussionsrunde mit dem Bundestagsabgeordneten Frank Tempel (Die Linke). Thema war die aktuell wieder aufkommende Legalisierungsdiskussion von Betäubungsmitteln. Tempel, der vor dem Einzug ins Parlament Polizeibeamter war und die Drogenprohibition bestimmter Drogen als gescheitert betrachtet, bat die Jugendorganisation der Gewerkschaft der Polizei um eine inhaltlich offene Auseinandersetzung mit dem Thema. Auch wenn aus gewerkschaftspolitischer und polizeilicher Perspektive dem Anliegen seit jeher kritisch gegenüberstanden wird, kam man dem Ansinnen eines Treffens – auch mit Blick auf das in der zweiten Jahreshälfte durch die GdP-Mutterorganisation geplante Symposium zum selbigen Thema – nach und tauschte bei einer mehr als zweistündigen Diskussion teils sehr gegensätzlichen Argumente aus. Die JUNGE GRUPPE (GdP) ist zu vielen unterschiedlichen Themenbereichen aktiv und stets darauf ausgerichtet, die Interessen von jungen Kolleginnen und Kollegen gut zu vertreten. Sie lädt alle ein, an den von der JUNGEN GRUPPE BUND (GdP) organisierten Veranstaltungen teilzunehmen und sich aktiv – sei es regional vor Ort oder auf Bundesebene – zu beteiligen. „Ziele gemeinsam erreichen“ steht für länderübergreifendes Zusammenwirken von jungen, gesellschafts- und gewerkschaftspolitisch interessierten und engagierten Menschen, die gemeinsam stark für unsere Zukunft und die Interessen der Kolleginnen und Kollegen eintreten.

Christoph Möhring
Stellvertretender
Bundesjugendvorsitzender



Abendliche Debatte zwischen dem Geschäftsführenden Bundesjugendvorstand und den Bundesjugendvorsitzenden Kevin Komolka (r.) und den Bundestagsabgeordneten Frank Tempel (m.) zum Thema Drogenprohibition
Foto: Rauch

und aktive Beteiligung der jungen Kolleginnen und Kollegen an den dortigen Antragsdebatten blieb niemanden verborgen und sollte allen Beteiligten Mut machen, die junge Generation künftig noch stärker in verantwortungsvolle Aufgaben mit einzubeziehen. Obwohl man nach intensiven Debatten und viel Zuspruch die Ziele künftiger generationengerechter Repräsentation junger Menschen bei der Vergabe von Delegiertenmandaten und weiterer hauptamtlichen Unterstützung im Rahmen der Jugendarbeit auf Bundesebene nicht erreicht hatte, zog man nach Betrachtung aller Beschlusslagen ein durchaus positives Fazit.

Des Weiteren standen die Zusammenar-





„Dass Auschwitz nie wieder sei, bedeutet für uns, dass Gedenken von vielen Schultern getragen werden muss.“

Kevin Komolka über die Bündnisfahrt der DGB-Jugend zum Gedenken und Erinnern anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor 70 Jahren

„Dass Auschwitz nie wieder sei!“ – Unter dieser Losung fand Ende Januar die Bündnisfahrt der DGB-Gewerkschaftsjugend zur offiziellen Gedenkveranstaltung nach Krakau anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor 70 Jahren statt.

Den etwa 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde am ersten Tag der mehrtägigen Reise noch einmal das Ausmaß menschlicher Barbarei in den Konzentrationslagern Auschwitz, Birkenau und Monowitz vor Augen geführt. Nicht nur, dass bis zu 200.000 Menschen gleichzeitig und auf unmenschliche Art und Weise in diesen Lagern inhaftiert waren, wurden durch das nationalsozialistische Regime in der Zeit von 1940 bis 1945 dort mindestens 1,1 Millionen Menschen umgebracht. Die Dimensionen dieser Gräueltaten sollten wir in den kommenden Tagen aber noch einmal hautnah erleben. Soviel vorab: All das auf Papier Geschriebene und in der Schule Gelernte tritt gegenüber den Vorort spürbaren Eindrücken zurück und lässt nur erahnen, welch Unrecht Menschen im KZ widerfahren ist.

Im Zeichen des Erinnerns stand der zweite Tag, der mit Workshops zu den Themen: „Wer trägt Verantwortung?“, „Gedenkkultur ohne Zeitzeugen“, „Bildungsarbeit an Gedenkorten“, „Europäischer Umgang mit Gedenken und Erinnern“, „Täter – Opfer – Zuschauer“ und „Erinnern in und mit einer Migrationsgesellschaft“ begann. Der Austausch innerhalb und zwischen den Arbeitsgruppen war allen Beteiligten ein außerordentlich wichtiges Anliegen. Auch wenn es uns des Öfteren nicht leicht fiel, dass Thema so nah an uns heranzulassen, war es unser besonderes Bedürfnis, sich den Fragen zu stellen und untereinander zu diskutieren.

Zeitzeuge erinnert sich

Die offizielle Gedenkveranstaltung im Konzentrationslager Birkenau war emotional



Eine Mahntafel am Ort des Verbrechens erinnert an die Ermordung von über einer Million Menschen durch das Nazi-Regime
Foto: Komolka

stark bewegend, vor allem die Worte der letzten überlebenden Zeitzeugen gingen unter die Haut.

Folgender Satz des ehemaligen KZ-Häftling Roman Kent verankerte sich bei mir nachhaltig:

„We survivors do not want our past to be our children's future. I hope and believe that this generation will build on mankind's great traditions and understanding that these traditions must embrace pluralism and tolerance; decency and human rights for all people. And must include opposition to antisemitism and to racism of any sort. It should be commonplace rather than exception.“

Sinngemäße Übersetzung:

„Wir Überlebenden wollen nicht, dass unsere Vergangenheit die Zukunft unserer Kinder ist. Ich hoffe und glaube, dass diese Generation Verständnis für Traditionen hat, tolerant ist und alle Menschen mit Anstand und im Rahmen geltender Menschenrechte behandelt.“

Antisemitismus und Rassismus jeglicher Art gehören nicht mehr zur Tagesordnung, sondern sind die Ausnahme.“

Am dritten Tag gab es eine Führung durch die beiden Lagerteile Auschwitz und Birkenau. Dass mir Geschichte einmal so nah kommen würde, habe ich bis zu diesem Zeitpunkt nicht für möglich gehalten: Original-Fotoaufnahmen und Malereien, Briefe von Inhaftierten, die an ihre Familien schreiben mussten, dass es ihnen gut gehen würde, aufgefundene Gegenstände wie Brillen, Kleidung, Schuhe, ein riesiger Raum voller menschlicher Haare und Kinderspielzeuge und -kleidung. Alles Dinge, die den Ermordeten vor ihrem Tod abgenommen wurden.

Nachbauten eines der Krematorien, die Original-Gaskammer im Stammlager Auschwitz, der als „Todesblock“ bekannte Block Nummer 11, mit den menschenverachtenden Zellen im Keller (Dunkelzelle, Stehzelle, Erstickungszelle) und dem Innenhof, auf dem tausende Menschen erschossen wurden. Dann die unzähligen Holz- und Steinbaracken im Lager Birkenau, in denen jeweils bis zu 200 Menschen untergebracht und dort hoffnungslos Kälte, Erniedrigung, Hunger und Todesangst ausgesetzt waren. Eine Führung, die nur eine kleine Vorstellung dessen gab, wie grausam, unmenschlich und barbarisch diese Zeit gewesen sein musste.

Es ist die Aufgabe jetziger und nachfolgender Generationen, „dass Gedenken von vielen Schultern getragen werden muss!“ Dieses Gedenken ist eine Verpflichtung gegenüber allen durch die Nationalsozialisten Ermordeten. Dafür werden wir uns als JUNGE GRUPPE (GdP) auch künftig verstärkt einsetzen!

**Kevin Komolka,
Bundesjugendvorsitzender**



Betriebliches Gesundheitsmanagement

Gesundheitsmanagement ist Aufgabe der Unternehmensführung. Das interdisziplinäre Handbuch erläutert die Grundlagen des Gesundheitsmanagements und stellt Konzepte sowie Instrumente für ein professionelles Gesundheitscontrolling vor, darunter systematische Risikoanalyse und -steuerung, Aufbau eines Frühwarnsystems und Kosten-Nutzen-Überlegungen.

Wie können Organisationen ein System für Gesundheitscontrolling aufbauen? Mit zahlreichen Praxisbeispielen, einer branchenspezifischen Analyse und einem internationalen Vergleich von betrieblichen Gesundheitskonzepten.

Handbuch Betriebliches Gesundheitsmanagement, Unternehmenserfolg durch Gesundheits- und Leistungscontrolling, Jürgen Stierle, Antonio Vera, Schäffer-Poeschel Verlag, 2014, 492 Seiten, gebunden, 69,95 Euro, ISBN 978-3-7910-3208-5



Dienstpostenbeschreibung für Beamtinnen/Beamte

Das Beamtenrecht wird seit der Föderalismusreform 2006 durch eine große Dynamik geprägt. Bund und Länder gestalten ihre Beamtengesetze seither zum Teil sehr unterschiedlich. Dies gilt unter anderem auch für das Laufbahnrecht. Die neue Unübersichtlichkeit führt dabei zu einer neuen Bedeutung der Dienstpostenbeschreibung. Eine aktuelle Dienstpostenbeschreibung ist die Grundlage jeder Bewertung und sichert die gesetzeskonforme Beschäftigung der Beamtin bzw. des Beamten. Ohne Dienstpostenbeschreibung und -bewertung kann regelmäßig keine rechtssichere Personalauswahlentscheidung getroffen werden.

Das Beamtenrecht prägt den Grundsatz der funktionsgerechten Besoldung. Doch dieser lässt sich nicht verwirklichen, wenn nicht klar ist, welche konkreten Dienstposten in welchen Statusämtern mit welcher Wertigkeit zur Verfügung stehen.

Die Dienstpostenbeschreibung ist die „Stellenbeschreibung“ der Beamtinnen und Beamten. Anders als bei Tarifbeschäftigten bildet allerdings nicht die ausübende Tätigkeit, sondern das übertragene Statusamt die Rechtsgrundlage für die Entgeltfindung. Darüber hinaus erfüllt die Dienstpostenbeschreibung, genauso wie die Stellenbeschreibung bei Arbeitnehmern,

eine Vielzahl von Funktionen. Unter anderem ist sie fester Bestandteil der Personalplanung. Darüber hinaus fördern Dienstpostenbeschreibungen als Teil eines modernen Verwaltungsmanagements die Selbständigkeit der Beamtinnen und Beamten und steigern die Dynamik und Innovation. Das Praxis-Handbuch erläutert alle wichtigen Rahmenbedingungen zur Einführung und Pflege von Dienstpostenbeschreibungen:

- Rechtlicher Rahmen
- Inhalt und Aufbau von Dienstpostenbeschreibungen
- Verfahren, Dauer und Kosten der Einführung und Pflege
- Formulierungshilfen
- Aktuelle Rechtsprechung

Damit ist das Handbuch geeignet, Praktiker erfolgreich zu unterstützen, aktuelle Dienstpostenbeschreibungen anzufertigen. **Christian Hoffmeister**

Dienstpostenbeschreibung für Beamtinnen/Beamte, Funktionsgerecht besoldet, Praxis-Handbuch für Bund, Länder und Kommunen, Achim Richter, Annett Gamisch, Walhalla Fachverlag, Regensburg, 2014, 16,50 Euro, ISBN 978-3-8029-1567-3



Nr. 3 • 64. Jahrgang 2015 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/
Pressestelle**
Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin**
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015



Druckauflage dieser Ausgabe:
178.853 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Foto: ddp

Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



STANDARDMASSNAHMEN IM ERMITTLUNGSVERFAHREN

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie Nr. 21

Von **Detlef Averdiek-Gröner** und **Christoph Frings**.



1. Auflage 2014

Umfang: 160 Seiten,

Format: 17 x 24 cm, Broschur

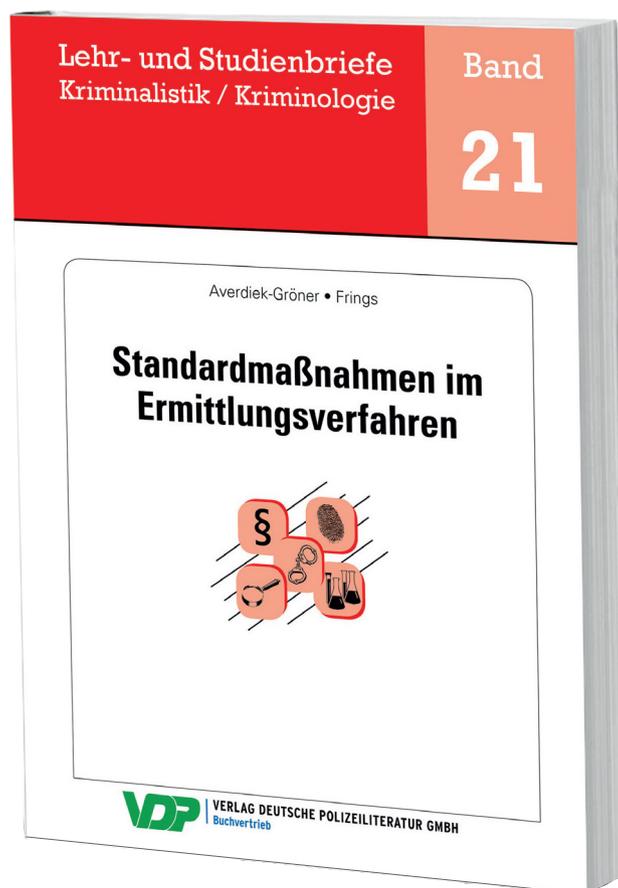
Preis: 14,90 € [D] (Abo: 12,90 € [D])

ISBN 978-3-8011-0741-3

Das Ermittlungsverfahren und die damit verbundenen Standardmaßnahmen bieten sowohl im täglichen Dienst als auch in der Aus- und Fortbildung vielfältige rechtliche und praktische Problemstellungen. Als Standardmaßnahmen im Ermittlungsverfahren haben sich seit Langem die Durchsuchung und Beschlagnahme, die vorläufige Festnahme, die erkennungsdienstliche Behandlung sowie die Vernehmung und die Wiedererkennungsmaßnahmen etabliert. Seit einiger Zeit gilt zudem die Entnahme von Körperzellen – bei Vorliegen der entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen – als eine solche Standardmaßnahme.

Ausgehend von einem Leitsachverhalt werden diese Maßnahmen von den Autoren in diesem Lehr- und Studienbrief ausführlich dargestellt und anhand dieses Sachverhaltes erläutert. Die Verfasser geben einen Überblick über rechtliche Rahmenbedingungen, kriminaltaktische Problemstellungen und erfolgskritische Umstände. Weiterhin berücksichtigen sie auch ausgewählte einsatzrelevante und eingriffsrechtliche Aspekte.

Übersichten gewährleisten einen schnellen Überblick über die Tatbestandsvoraussetzungen einschlägiger Eingriffsbefugnisse und stellen die idealtypischen Abläufe in der praktischen Umsetzung dar. Abschließend finden sich zu den denkbaren klausurtypischen Fragestellungen entsprechende Lösungsskizzen.



DIE AUTOREN

Detlef Averdiek-Gröner, Polizeidirektor

Christoph Frings, Kriminaldirektor



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.VDPolizei.de

COMMANDO II RUCKSACK/BACK PACK

24h Einsatzbereitschaft in allen Einsatzlagen.

Geräumiger, langlebiger und funktioneller Einsatzrucksack aus hochreißfestem Nylonmaterial in Profi-Qualität. Konzipiert als Tagesrucksack für alle Einsatzlagen.

Zwei aufgesetzte Außentaschen rechts und links, sowie eine Außentasche auf der Vorderseite für Schreib- und Büroutensilien und einem geräumigem Hauptfach mit zwei Innenfächern sorgen für Ordnung, Sauberkeit und viel Stauraum im Einsatz. Großzügig gepolstertes Rückenteil mit verstellbaren Schultergurten und Weitenverstellung des Rucksacks sorgen für ein optimales und sehr angenehmes Tragegefühl mit hohem Komfort. Molle System am Rucksackäußeren bietet dem Rucksackträger individuelle Möglichkeiten des Anbringens von Zusatzequipment oder Zubehör Taschen. Flauschbesatz zum Anbringen eines Namens oder einer taktischen Kennung, sowie ein ergonomischer, reißfester Tragegriff sind vorhanden.

Alle Taschen sind mit hochwertigem Doppelreißverschlüsse zum schnellen und sicheren Öffnen und Schließen ausgestattet und problemlos auch mit Handschuhen zu bedienen.

Format:

Hauptfach: ca. 53 x 33 x 15 cm
Seitentaschen: ca. 16 x 20 x 5 cm (2x)
Außentasche: ca. 30 x 25 x 6 cm
Volumen: ca. 33 L
Gewicht: 1,4 kg
Farben: schwarz



257003  **49,95 €** ~~62,95 €~~

Letzter Bestelltermin: 31.03.2015

Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zusätzlich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung.



**ORGANISATION- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165
osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de